

Protokoll 14. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 9. September 2026, 17.00 Uhr bis 22.43 Uhr, im Rathaus Hard
in Zürich-Aussersihl

Vorsitz: Präsident Ivo Bieri (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretariat Attila Kipfer (SVP)

Anwesend: 119 Mitglieder

Abwesend: Patrik Brunner (FDP), Angelica Eichenberger (SP), Benedikt Gerth (Die Mitte),
Dominik Haupt (SP), Roger Meier (FDP), Dr. Adina Rom (SP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste
folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|-----------------|---|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2026/402 | Eintritt von Dr. Véronique Wavre (Grüne) nach dem
Rücktritt von Dr. Roland Hohmann (Grüne) für den Rest
der Amtsdauer 2026–2030 | |
| 3. | 2026/189 | Geschäftsleitung, Wahl eines Mitglieds nach dem Rücktritt
von Dr. Patricia Petermann Loewe (SP) für den Rest des
Amtsjahres 2026/2027 | |
| 4. | 2026/455 * | Weisung vom 26.08.2026:
Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktionen betreffend Aus-
führung aller Unterhalts- und Grundreinigungen der städtischen
Dienstabteilungen und Liegenschaften mit eigenem Personal,
Bericht über die Umsetzung, Abschreibung von zwei Postulaten | VHB |
| 5. | 2026/456 * | Weisung vom 26.08.2026:
Finanzdepartement, Stiftung PWG zur Erhaltung von preis-
günstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich,
Wahl der Prüfstelle für die Amtsdauer 2026–2030 | FV |
| 6. | 2026/470 * | Weisung vom 02.09.2026:
Finanzverwaltung, Nachtragskredite II. Serie 2026 | STR |
| 7. | 2026/432 *
E | Postulat von Dr. Roland Hohmann (Grüne), Janina Flückiger
(Grüne) und Urs Riklin (Grüne) vom 19.08.2026:
Bullingerhof, Schutz vor illegalem Befahren und Parkieren von
Autos | FV |

8.	2026/433	* E	Postulat von Dr. Roland Hohmann (Grüne), Catalina Gajardo Hofmann (Grüne) und Martin Busekros (Grüne) vom 19.08.2026: Hitzeexponierte Standorte im öffentlichen Raum, Einsatz von Sprühnebelanlagen als ergänzende Hitzeschutzmassnahme	VIB
9.	2026/208	!	Bericht der Datenschutzstelle für das Jahr 2025	DSB
10.	2026/253		Bericht der Ombudsstelle für das Jahr 2025	OMB
11.	2026/134	!	Stiftung PWG zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich, Bericht und Rechnung 2025	-
12.	2026/118		Weisung vom 18.03.2025: Stadtkanzlei, Abschreibungsanträge Postulate, Geschäftsjahr 2025	STR
13.	2026/230	!	Weisung vom 20.05.2025: Sicherheitsdepartement, Genehmigung der Berichterstattung zum Leistungsauftrag, des Geschäftsberichts und der Jahresrechnung des Forensischen Instituts Zürich (FOR) für das Jahr 2025	VSI
14.	2026/240	!	Weisung vom 27.05.2025: Gesundheits- und Umweltdepartement, Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich, Kenntnisnahme Geschäftsbericht 2025	VGU
15.	2026/241	!	Weisung vom 27.05.2025: Immobilien Stadt Zürich, Hohlstrasse 550, Miete, neue wiederkehrende Ausgaben	VHB
16.	2025/543	!	Weisung vom 19.11.2025: Deutsch als Zweitsprache (DaZ), Bericht, Abschreibung einer Motion und eines Postulats	VSS
17.	2023/6		Weisung vom 06.05.2025: Motion der AL-Fraktion betreffend Vereinfachung von Bauprojekten für autoarme und autofreie Wohnformen, Änderung der Parkplatzverordnung, Antrag auf zweite Fristverlängerung	VTE
18.	2026/358	E	Dringliches Postulat von Janina Flückiger (Grüne), Simone Widmer (Grüne) und 11 Mitunterzeichnenden vom 01.07.2026: Bessere aktive Warnung der Bevölkerung vor Hitzeeisiken	VGU
19.	2026/373	E	Dringliches Postulat von Thomas Hofstetter (FDP) und Brenda Mäder (FDP) vom 08.07.2026: Stadthospital Zürich, Gesundheitszentren für das Alter der Stadt Zürich, Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW), bessere Vorbereitung auf die zunehmenden Hitzeperioden	VGU

20.	2025/621	E/A	Postulat von Liv Mahrer (SP) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) vom 17.12.2025: Sportanlage Utogrund, gerechte Verteilung der Nutzung auf die verschiedenen Anspruchsgruppen	VSS
21.	2025/624	E/A	Postulat von Selina Walgis (Grüne) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) vom 17.12.2025: Ausbau des Angebots Ferienplausch	VSS
22.	2026/8	E/A	Postulat von Selina Walgis (Grüne) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) vom 07.01.2026: Reduzierung der Elternbeiträge für die städtischen Ferien- und Semesterkurse	VSS
23.	2026/87		Interpellation von Johann Widmer (SVP), Samuel Balsiger (SVP) und Derek Richter (SVP) vom 25.02.2026: Projekt «Spielzeugfreier Kindergarten», wissenschaftliche Evidenz, entwicklungspsychologische Vertretbarkeit, Verhältnismässigkeit betreffend Belastung der Kinder und fehlende Einwilligung der Eltern zur Verarbeitung der hochsensiblen, personenbezogenen Kinderdaten sowie Hintergründe zum Datenschutz	VSS
24.	2026/306	E/A	Postulat von Selina Walgis (Grüne) und Brigitte Fürer (Grüne) vom 17.06.2026: Schulanlagen der Stadt, schattige Aussenschulzimmer mit ausreichenden Arbeitsplätzen	VSS
25.	2026/76	A/P	Motion von Matthias Renggli (SP), Severin Meier (SP), Tom Cassee (SP) und 8 Mitunterzeichnenden vom 25.02.2026: Neue Einstiegsmöglichkeiten zum Baden und Schwimmen im Zürichsee durch den Rück- oder Umbau bestehender Uferbefestigungen und durch Anbringen von Sand, Kies oder kleineren flachen Steinen	VTE
26.	2026/101	E/T	Postulat von Sibylle Kauer (Grüne) und Julia Hofstetter (Grüne) vom 04.03.2026: Renaturierung und Erweiterung von aktuellen und ehemaligen Standorten von Feucht- und Nasswäldern in städtischem Besitz	VTE
27.	2026/177	E/A	Motion von Selina Walgis (Grüne) und Sibylle Kauer (Grüne) vom 15.04.2026: Ausbau betreuter Taubenschläge nach dem Augsburger Modell	VTE
28.	2026/246	E/A	Postulat von Michael Schmid (AL), Christian Häberli (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 27.05.2026: Entwicklung des Gebiets Sunnau auf dem Gemeindegebiet von Adliswil, Verhinderung eines zusätzlichen Drucks auf die Fauna und Flora des Entlisbergwalds	VTE

* Keine materielle Behandlung

! Behandlung in reduzierter Debatte

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

601. 2026/493

Erklärung der FDP-Fraktion vom 09.09.2026: Bezirksratsentscheid zur neuen Parkkartenverordnung (PKV)

Namens der FDP-Fraktion verliest Martina Zürcher (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Der Stimmbevölkerung wurde ein Kompromiss vorgelegt – die Mehrheit im Stadt- und Gemeinderat soll weiterhin danach handeln

Die FDP Stadt Zürich hatte bereits im Vorfeld der Abstimmung zur Parkkartenverordnung (PKV) davor gewarnt, dass dieser sogenannte Kompromiss nicht Inkrafttreten könne, weil stichhaltige Rekurse von Fussgängerverbänden angedroht worden sind. Deshalb ist die FDP Stadt Zürich vom Bezirksratsentscheid wenig erstaunt.

Dass die SP nun diese für das Gewerbe so wichtige Trottoirparkierung bei keinem verfügbaren Parkfeld in den Medien als «Nebenpunkt» bezeichnet, zeigt, wie wenig die wählerstärkste Partei die alltäglichen Probleme vom Gewerbe versteht. Täglich werden in der Stadt Zürich Parkplätze abgebaut, sei dies im Zusammenhang mit Strassenbauprojekten, bei der Erstellung von neuen ZüriVelo-Stationen oder anderen Veloparkplätzen oder einfach so. Es ist gerade mal ein gutes Jahr her, als die SP im Abstimmungskampf zur PKV die FDP und die SVP verhöhnte, dass sie gegen das Gewerbe seien.

Dass der Stadtrat die Änderungen bei der Anwohnerparkkarte als anderen Teil des PKV-Kompromisses auf den 1. Januar 2027 in Kraft setzen will, ist aber ein Hohn an der Demokratie. Die Sicherheitsvorsteherin hatte auch früher schon in der Ratsdebatte betont, dass es dem Stadtrat wichtig ist, ein Gesamtpaket vorzulegen.

Die FDP fordert den Stadtrat auf:

- die Inkraftsetzung der Parkkartenverordnung zu sistieren, bis eine breit abgestützte Lösung für das Gewerbe vorliegt und in Kraft gesetzt werden kann.
- einen runden Tisch mit den Parteien und Interessengruppen zu organisieren, damit eine tragfähige Lösung für das Gewerbe erarbeitet werden kann.

602. 2026/494

Erklärung der GLP-Fraktion vom 09.09.2026: Bedeutung der direkten Demokratie in Zeiten zunehmender Polarisierung

Namens der GLP-Fraktion verliest Selina Frey (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Demokratie braucht mehr als Ausgrenzung, Polarisierung und leere Versprechen

43,8 Prozent. Fast jede zweite Wählerin und jeder zweite Wähler hat in Sachsen-Anhalt einer Partei die Stimme gegeben, die dort als gesichert rechtsextrem eingestuft wird. Dieses Ergebnis erschreckt uns. Rechtsextremismus, die Abwertung von Menschen und Angriffe auf demokratische Institutionen dürfen wir nicht relativieren. Hier braucht es eine klare Grenze.

Aber eine Grenze gegenüber einer Partei darf nicht zur Grenze gegenüber ihren Wählerinnen und Wählern werden. Wenn so viele Menschen Parteien wählen, die unsere demokratische Ordnung infrage stellen, reicht es nicht, ihnen zu erklären, dass sie falsch gewählt haben. Wir müssen uns auch fragen, warum etablierte Politik sie nicht mehr erreicht. Wo fühlen sich Menschen nicht gehört? Wo erleben sie Politik als weit weg von ihrem Alltag?

Das betrifft auch uns in der Schweiz und in Zürich. Unsere politische Kultur lebt davon, dass unterschiedliche Interessen aufeinandertreffen – und dass am Ende trotzdem Lösungen möglich sind. Unsere direkte Demokratie trägt wesentlich dazu bei: Sie zwingt uns immer wieder, zuzuhören, Mehrheiten zu suchen und Entscheide auch korrigieren zu können. Gerade in Zeiten zunehmender Polarisierung sollten wir uns bewusst sein, wie wertvoll das ist.

Denn auch bei uns wird Politik zunehmend als Kampf zwischen zwei Lagern inszeniert. Links gegen rechts. Stadt gegen Land. Wirtschaft gegen Klima. Mieter gegen Eigentümer. Komplexe Probleme werden auf einfache Antworten reduziert – und wer nicht vollständig für uns ist, muss gegen uns sein.

Wir Grünliberalen wollen eine andere Politik.

Eine Politik, die klare Werte hat, ohne jeden Andersdenkenden zum Gegner zu erklären. Die zuhört, ohne Extremismus zu verharmlosen. Die Probleme nicht bewirtschaftet, sondern löst. Und die einen guten Vorschlag auch dann anerkennt, wenn er von der anderen Seite kommt.

Das politische Zentrum ist deshalb nicht der Ort zwischen zwei Meinungen, an dem man sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigt. Es ist der Ort, an dem aus unterschiedlichen Interessen tragfähige Lösungen entstehen.

Dazu gehört auch Glaubwürdigkeit. Gerade im Wahlkampf sollten wir nicht das versprechen, was sich am besten verkauft, sondern das, was wir tatsächlich umsetzen können. Denn nicht eingehaltene Versprechen schaffen neue Enttäuschung – und neues Misstrauen in die Politik.

Das ist manchmal weniger laut. Aber für eine Demokratie ist es umso wichtiger.

Wenn Politik immer lauter, schriller und einfacher wird, dürfen wir nicht versuchen, noch lauter zu sein. Wir müssen zuhören, klar Position beziehen und Lösungen finden, die funktionieren.

Dafür stehen wir Grünliberale.

603. 2026/495

Erklärung der AL-Fraktion vom 09.09.2026:

Verbot von Business-Apartments und kommerziellen Airbnb-Nutzungen in Wohnzonen

Namens der AL-Fraktion verliest Tanja Maag (AL) folgende Fraktionserklärung:

Zweckentfremdung von Wohnungen - Was lange währte wird nun gut

Der positive Entscheid des Bundesgerichts zum Verbot von Business Apartments und kommerziellen Airbnb-Nutzungen in Wohnzonen gibt der Stadt Zürich einen Hebel in die Hand, Wohnraum für Zürcher*innen zurückzuholen. Der Stadtrat hat unseren Erwartungen entsprechend schnell gehandelt und die neue Regelung per ersten September in Kraft gesetzt. Was lange währte, wird nun gut!

Ein düsteres Kapitel städtischer Wohnpolitik geht zu Ende.

Nach sechzehn Jahren aufbegehren, nachbohren und nochmals nachbohren, können wir ein neues Kapitel aufschlagen. Die Teilrevision der Bau- und Zonenordnung «Nichtanrechenbarkeit an Wohnanteil» ist umgesetzt. Die Zweckentfremdung von Wohnungen für touristische und Business-Zwecke gehört endlich der Vergangenheit an. Die Wohnkrise bedarf vielerlei Lösungsansätzen. Dieser – unser – Beitrag ist einer davon. - Tschüss Airbnb!

Datensatz überreicht

Neu gilt es nicht nur im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens aktiv zu werden, sondern auch auf Anzeige hin. Das gibt zu tun! Der Wohnungsmarkt in der Stadt Zürich ist mit tausenden Business-Apartments und Zweitwohnungen unterwandert! In den letzten Jahren konnten wir bei unseren Quartierrundgängen kaum die Türklingeln zählen, deren Beschriftung von einem Namen zu einer Nummer gewechselt wurde. Im Kreis 4 zum Beispiel ist das bei acht Prozent des Wohnbedarfs passiert! Die AL hat dem Stadtrat heute mehr als 2'200 Adressen überreicht, um diese Herkulesaufgabe anzupacken. Dazu wurden in der Verwaltung fünf temporäre Stellen geschaffen, damit die in den letzten Jahren erfolgten Umnutzungen möglichst rasch rückgängig gemacht und möglichst viele der zweckentfremdeten Wohnungen in den regulären Wohnungsmarkt zurückgeführt werden können. Damit sieht die AL-Fraktion den mit Postulat 2026/349 überwiesenen Prüfauftrag als erfüllt. Wir ziehen diesen Vorstoss zurück und fordern den Stadtrat mit dieser Erklärung auf, pro-aktiv zu bleiben, die erhaltenen Daten zu nutzen und entsprechend zu handeln. Vergessen Sie nicht: Das öffentliche Interesse, den Airbnb-Misstand zu beheben, ist immens! Sie dürfen nicht schlafen!

G e s c h ä f t e**604. 2026/402****Eintritt von Dr. Véronique Wavre (Grüne) nach dem Rücktritt von Dr. Roland Hohmann (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2026–2030**

In Anwendung von § 108 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR, LS 161) hat der Stadtrat mit Beschluss vom 19. August 2026 anstelle von Dr. Roland Hohmann (Grüne 9) mit Wirkung ab 4. September 2026 für den Rest der Amtsdauer 2026–2030 als gewählt erklärt:

Dr. Véronique Wavre (Grüne 9), 1985, Autorin

605. 2026/189**Geschäftsleitung, Wahl eines Mitglieds nach dem Rücktritt von Dr. Patricia Petermann Loewe (SP) für den Rest des Amtsjahres 2026/2027**

Es wird gewählt:

Niyazi Erdem (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und an das gewählte Kommissionsmitglied

606. 2026/455**Weisung vom 26.08.2026:**

Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktionen betreffend Ausführung aller Unterhalts- und Grundreinigungen der städtischen Dienstabteilungen und Liegenschaften mit eigenem Personal, Bericht über die Umsetzung, Abschreibung von zwei Postulaten

Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 7. September 2026

607. 2026/456**Weisung vom 26.08.2026:**

Finanzdepartement, Stiftung PWG zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich, Wahl der Prüfstelle für die Amtsdauer 2026–2030

Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 7. September 2026

608. 2026/470**Weisung vom 02.09.2026:**

Finanzverwaltung, Nachtragskredite II. Serie 2026

Zuweisung an die RPK gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 7. September 2026

609. 2026/432

Postulat von Dr. Roland Hohmann (Grüne), Janina Flückiger (Grüne) und Urs Riklin (Grüne) vom 19.08.2026:
Bullingerhof, Schutz vor illegalem Befahren und Parkieren von Autos

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

610. 2026/433

Postulat von Dr. Roland Hohmann (Grüne), Catalina Gajardo Hofmann (Grüne) und Martin Busekros (Grüne) vom 19.08.2026:
Hitzeexponierte Standorte im öffentlichen Raum, Einsatz von Sprühnebelanlagen als ergänzende Hitzeschutzmassnahme

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

611. 2026/208

Bericht der Datenschutzstelle für das Jahr 2025

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat in Anwendung von Art. 63 Abs. 1 lit. e der Geschäftsordnung des Gemeinderats den Bericht der Datenschutzstelle für das Jahr 2025 geprüft (vgl. Bericht und Antrag der GPK vom 31. August 2026).

Referat zur Vorstellung des Berichts: Sarah Dähler (Grüne)

Schlussabstimmung

Die GPK beantragt, den Bericht der Datenschutzstelle für das Jahr 2025 abzunehmen.

Zustimmung:	Referat: Sarah Dähler (Grüne); Guy Krayenbühl (GLP), Präsidium; Derek Richter (SVP), Vizepräsidium; Roger Bartholdi (SVP), Martin Busekros (Grüne), Andreas Egli (FDP), Cordelia Forde (SP), Sofia Karakostas (SP), Christoph Riedweg (GLP)
Abwesend:	Jehuda Spielman (FDP)
Vakant:	1 Sitz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 108 gegen 8 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Der Tätigkeitsbericht 2025 der Datenschutzstelle wird abgenommen.

Das Geschäft ist erledigt.

612. 2026/253
Bericht der Ombudsstelle für das Jahr 2025

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat in Anwendung von Art. 63 Abs. 1 lit. d der Geschäftsordnung des Gemeinderats den Bericht der Ombudsstelle für das Jahr 2025 geprüft (vgl. Bericht und Antrag der GPK vom 31. August 2026).

Referat zur Vorstellung des Berichts: Cordelia Forde (SP)

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt, den Bericht der Ombudsstelle für das Jahr 2025 abzunehmen.

Die Minderheit der GPK beantragt, den Bericht der Ombudsstelle für das Jahr 2025 nicht abzunehmen.

Mehrheit:	Referat: Cordelia Forde (SP); Guy Kraysenbühl (GLP), Präsidium; Martin Busekros (Grüne), Sarah Dähler (Grüne), Andreas Egli (FDP), Sofia Karakostas (SP), Christoph Riedweg (GLP)
Minderheit:	Referat: Derek Richter (SVP), Vizepräsidium; Roger Bartholdi (SVP)
Abwesend:	Jehuda Spielman (FDP)
Vakant:	1 Sitz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Der Bericht der Ombudsstelle für das Jahr 2025 wird abgenommen.

Das Geschäft ist erledigt.

613. 2026/134
Stiftung PWG zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich, Bericht und Rechnung 2025

Ausstand: Reto Brüesch (SVP), Jean-Marc Jung (SVP), Markus Merki (GLP), Sebastian Vogel (FDP)

Antrag der GPK

Der Geschäftsbericht 2025 der Stiftung PWG wird genehmigt.

Referat zur Vorstellung des Geschäfts: Sofia Karakostas (SP)

Die GPK beantragt dem Gemeinderat:

Der Geschäftsbericht 2025 der Stiftung PWG wird genehmigt.

Zustimmung: Referat: Sofia Karakostas (SP); Guy Kraysenbühl (GLP), Präsidium; Derek Richter (SVP),
Vizepräsidium; Martin Busekros (Grüne), Sarah Dähler (Grüne), Andreas Egli (FDP),
Cordelia Forde (SP), Sofia Karakostas (SP), Christoph Riedweg (GLP)
Abwesend: Jehuda Spielman (FDP)
Vakant: 1 Sitz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 108 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Der Geschäftsbericht 2025 der Stiftung PWG wird genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

614. 2026/118

Weisung vom 18.03.2026:

Stadtkanzlei, Abschreibungsanträge Postulate, Geschäftsjahr 2025

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Die in der Beilage aufgeführten Postulate werden abgeschrieben.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Guy Kraysenbühl (GLP), Präsidium

Änderungsanträge 1–3

Die GPK beantragt folgende Änderungen zum Antrag des Stadtrats:

2. Präsidialdepartement

Postulat GR Nr.	2025/461
Einreichende	Stefan Urech (SVP), Yves Peier (SVP), Sebastian Vogel (FDP)(SVP)
Titel	Kunsthause Zürich, Wiedereinführung der Bezahlung mit Bargeld
Postulat GR Nr.	2022/569
Einreichende	Michael Schmid (AL) und Anna Graff (SP)(beide SP)
Titel	Sensibilisierung der Stadtpolizei betreffend Veloverkehrs- sicherheit
Postulat GR Nr.	2023/310
Einreichende	Anna Graff (SP) und Dominik Waser (Grüne)(beide Grüne)
Titel	Unterstützung der Fossil Fuel Non-Proliferation Treaty Initiative

Zustimmung: Referat: Guy Krayenbühl (GLP), Präsidium; Derek Richter (SVP), Vizepräsidium; Roger Bartholdi (SVP), Martin Busekros (Grüne), Sarah Dähler (Grüne), Andreas Egli (FDP), Cordelia Forde (SP), Sofia Karakostas (SP), Christoph Riedweg (GLP), Jehuda Spielman (FDP)

Vakant: 1 Sitz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK stillschweigend zu.

Änderungsanträge 4–40

Die GPK beantragt, die nachfolgenden Postulate nicht abzuschreiben:

2. Präsidialdepartement

Postulat GR Nr. 2022/473
 Einreichende Flurin Capaul und Jehuda Spielman (beide FDP)
 Titel Versand der Abstimmungsunterlagen, Reduktion des Umfangs mittels eines Opt-Out-Verfahrens

Postulat GR Nr. 2023/542
 Einreichende Christina Horisberger (SP) und Balz Bürgisser (Grüne)
 Titel Verein Zurich Jazz Orchestra, Anhebung der Gagen für die Musikschaaffenden

3. Finanzdepartement

Postulat GR Nr. 2021/385
 Einreichende Marco Denoth (SP) und Andreas Kirstein (AL)
 Titel Unterstützung von quaternahen Organisationen, die preisgünstigen Wohnraum anstreben, hinsichtlich einer Unterbreitung von konkurrenzfähigen Kaufangeboten

Postulat GR Nr. 2021/499
 Einreichende Patrick Hadi Huber (SP) und David Garcia Nuñez (AL)
 Titel Kunstraum Walcheturm, Fortführung des Angebots in den Zeughäusern nach der Sanierung

Postulat GR Nr. 2023/123
 Einreichende Reto Brüesch und Jean-Marc Jung (beide SVP)
 Titel Verbesserung der Energieeffizienz der bestehenden Wohn- und Gewerbeliegenschaften im städtischen Finanzvermögen

Postulat GR Nr. 2023/210
 Einreichende Flurin Capaul (FDP) und Selina Frey (GLP)
 Titel Eruierung der Wirtschaftlichkeit von IT-Projekten bei Ersatzbeschaffungen

4. Sicherheitsdepartement

Postulat GR Nr. 2012/166
 Einreichende Guido Trevisan (GLP) und Ursula Uttinger (FDP)
 Titel Beschränkung der Parkzeit für Velos im Gebiet der Grossbahnhöfe in der Stadt Zürich

Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2019/465 Përparim Avdili (FDP) und Pascal Lamprecht (SP) Verbesserung der Verkehrssicherheit rund um den Farbhof sowie in der Badener- und Dachslerenstrasse
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2020/552 Marco Geissbühler und Pascal Lamprecht (beide SP) Einbezug der Sozialpartner im Detailhandel in das Bewilligungsverfahren für Sonntagsverkäufe
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2021/301 Urs Riklin und Brigitte Fürer (beide Grüne) Pfingstweidstrasse und Duttweilerstrasse, Massnahmen zur Reduktion der verkehrsbedingten Lärmbelastung und Erhöhung der Sicherheit für zu Fuss Gehende und Velofahrende
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2021/407 Pascal Lamprecht und Severin Meier (beide SP) Städtische Wochenmärkte, Bereicherung mit sogenannten Street-Food-Ständen
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2022/432 Michael Schmid (AL) Anlässe von öffentlichem Interesse ohne Gewinnabsichten, Erlass der Gebühren für die Sperrung von öffentlichen Strassenparkplätzen
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2022/472 Fanny de Weck und Natascha Wey (beide SP) Polizeiwache mit einer spezifischen Beratungs- und Annahmestelle für Anzeigen zur sexualisierten Gewalt
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2022/534 Flurin Capaul und Martin Bürki (beide FDP) Langjährige Quartierveranstaltungen, Erteilung einer formlosen Bewilligung ohne weitere Auflagen
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2022/564 SP- und Grüne-Fraktion Öffentlichkeitsarbeit und regelmässige Sensibilisierung über die Gefahren sowie gegen das Aufkommen von Rechtsextremismus
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2022/679 Roland Hohmann und Markus Knauss (beide Grüne) Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs rund um das Stadion Letzigrund und das Freibad Letzigraben während Veranstaltungen und an Badetagen mit grossen Frequenzen

5. Gesundheits- und Umweltsdepartement

Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2022/457 Islam Alijaj und Anna Graff (beide SP) Unterstützung des Gewerbes mit einem eCargo-Bonus beim Umstieg von fossil betriebenen Fahrzeugen auf klimaverträgliche eCargo-Bikes
--	---

Postulat GR Nr.	2023/452
Einreichende	SP, SVP, Grüne, AL
Titel	Verzicht auf die vorgesehene Erhöhung der Taxen in den Gesundheitszentren für das Alter
Postulat GR Nr.	2024/42
Einreichende	David G. Nuñez (AL), Hannah Locher (SP) und Moritz Bögli (AL)
Titel	Schaffung von Praktikumsangeboten innerhalb der städtischen Gesundheitsinstitutionen für Menschen mit Status F, S und B mit Berufserfahrung im Gesundheitsbereich

6. Tiefbau- und Entsorgungsdepartement

Postulat GR Nr.	2020/510
Einreichende	Florian Utz (SP) und Selina Walgis (Grüne) und 12 Mitunterzeichnende
Titel	Weiterführung der Kunststoff-Sammlung in Höngg und Schwamendingen
Postulat GR Nr.	2023/148
Einreichende	Andreas Egli (FDP) und Sabine Koch (FDP)
Titel	Provisorische Passerelle oder andere geeignete Massnahme zur sicheren Querung der Thurgauerstrasse für Kindergarten- und Schulkinder
Postulat GR Nr.	2023/412
Einreichende	Carla Reinhard (GLP) und Sven Sobernheim (GLP)
Titel	Neue Velostandards, baulich abgetrennte Velowege als bevorzugte Veloführung
Postulat GR Nr.	2023/518
Einreichende	Michael Schmid und Andreas Kirstein (beide AL)
Titel	Verbesserung der Schulwegsicherheit zum neuen Schulhaus Thurgauerstrasse für die Kinder aus dem Quartier Leutschenbach, insbesondere aus der Siedlung Andreaspark

7. Hochbaudepartement

Postulat GR Nr.	2022/538
Einreichende	Jürg Rauser (Grüne) und Yves Henz (Grüne)
Titel	Aufnahme des Kriteriums «Treibhausgasemissionen über den gesamten Lebenszyklus» bei Bauprojekten, die auf Grundstücken mit Bestandesbauten geplant sind
Postulat GR Nr.	2022/677
Einreichende	Mischa Schiwow (AL), Marco Denoth (SP)
Titel	Neugestaltung des Auswahlverfahrens für die externen Mitglieder des städtischen Baukollegiums sowie mehr Transparenz über die beratenen Geschäfte

Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2024/506 Reto Brüesch (SVP) und Jean-Marc Jung (SVP) Standardisierung der Bauprozesse im baubegleitenden Facility Management bei grösseren Bauvorhaben zur Senkung der Kosten über den ganzen Lebenszyklus der Gebäude
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2024/580 AL Fraktion Städtische Wettbewerbsausschreibungen für Bauten mit Sanierungsbedarf, Priorisierung des Bauens im Bestand oder des zirkulären Bauens

8. Departement der Industriellen Betriebe

Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2019/429 Michel Urben und Florian Blättler (beide SP) Wiedereinführung des Verkaufs von SBB-Gemeinde-Tageskarten
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2021/140 SP-, GLP- und Grüne-Fraktion Stilllegung der Kernkraftwerke bis 2034, falls die Beteiligungen an der Kraftwerke Gösgen-Däniken AG (KKG) und der AG für Kernenergiebeteiligungen Luzern (AKEB) nicht verkauft werden können
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2022/380 Andreas Kirstein (AL) Geschäftsbericht der Energie 360° AG, detaillierte Ausweisung der Unternehmenssparten mit ihren jeweiligen Anteilen an der Erfolgsrechnung sowie der Bilanz
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2023/324 Ursina Merkler (SP) und Beat Oberholzer (GLP) Bericht zum Stand des Ausbaus der Elektrizitätsinfrastruktur im Jahr 2026

9. Schul- und Sportdepartement

Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2015/33 Rosa Maino und Walter Angst (beide AL) Pilotprojekt mit gebundenen Tagesschulen, Planung einer stabilen und überschaubaren Mittagsbetreuung für die Kindergarten- und Unterstufenkinder
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2021/94 Roger-Paul Speck (SP), Matthias Probst (Grüne) Gemeinnütziger Wohnungsbau auf dem Areal des Schiessplatzes Probstei innerhalb der bestehenden Wohnzone W3
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2022/562 Fraktionen SP, Grüne und GLP Vertiefte Auseinandersetzung mit den Themen Rechts-extremismus und menschenverachtenden Ideologien an den Schulen ab der Mittelstufe

Postulat GR Nr.	2022/680
Einreichende	Selina Walgis und Balz Bürgisser (beide Grüne)
Titel	Kurse in heimatlicher Sprache und Kultur für Schulkinder, Zuteilung geeigneter Unterrichtszimmer der Volksschule, wenn möglich mit der üblichen Infrastruktur

Postulat GR Nr.	2023/384
Einreichende	Lisa Diggelmann und Anjushka Früh (beide SP)
Titel	Aufnahme in die Kunst- und Sportschule, Verhinderung einer unverhältnismässigen Vertragsbindung

10. Sozialdepartement

Postulat GR Nr.	2022/425
Einreichende	Patrik Brunner (FDP) und Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne)
Titel	Erhebung der durchschnittlichen Absenzen der betreuten Klientinnen und Klienten in den Berufsfachschulen sowie Aufnahme als Kennzahl in den Leistungsnachweisen

Zustimmung: Referat: Guy Krayenbühl (GLP), Präsidium; Derek Richter (SVP), Vizepräsidium; Roger Bartholdi (SVP), Martin Busekros (Grüne), Sarah Dähler (Grüne), Andreas Egli (FDP), Cordelia Forde (SP), Sofia Karakostas (SP), Christoph Riedweg (GLP), Jehuda Spielman (FDP)

Vakant: 1 Sitz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK stillschweigend zu.

Änderungsantrag 41

Die Mehrheit der GPK beantragt, das nachfolgende Postulat nicht abzuschreiben.

Die Minderheit der GPK beantragt, das nachfolgende Postulat abzuschreiben.

8. Departement der Industriellen Betriebe

Postulat GR Nr.	2023/473
Einreichende	SP-, Grüne- und GLP-Fraktion
Titel	Bericht über mögliche Standorte für die Energiezentrale zur Erschliessung des Gebiets «Cool City» im Untergrund der Stadt Zürich

Mehrheit: Referat: Guy Krayenbühl (GLP), Präsidium; Derek Richter (SVP), Vizepräsidium; Roger Bartholdi (SVP), Martin Busekros (Grüne), Sarah Dähler (Grüne), Cordelia Forde (SP), Sofia Karakostas (SP), Christoph Riedweg (GLP)

Minderheit: Referat: Andreas Egli (FDP); Jehuda Spielman (FDP)

Vakant: 1 Sitz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 26 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsanträge 42–44

Die Mehrheit der GPK beantragt, die nachfolgenden Postulate abzuschreiben.

Die Minderheit der GPK beantragt, die nachfolgenden Postulate nicht abzuschreiben.

6. Tiefbau- und Entsorgungsdepartement

Postulat GR Nr. 2022/597
 Einreichende Martin Götzl und Reto Brüesch (beide SVP)
 Titel Optimalere Ausnutzung der Fussballanlage Katzenbach durch eine Spielfeldbeleuchtung bis 22 Uhr

7. Hochbaudepartement

Postulat GR Nr. 2023/265
 Einreichende Flurin Capaul (FDP) und Roger Suter (FDP)
 Titel Zentrale Verwaltung aller von der IMMO verwalteten Wohnungen durch Liegenschaften Stadt Zürich (LSZ)

Postulat GR Nr. 2023/437
 Einreichende Jasmine Bourgeois (FDP) und Sabine Koch (FDP)
 Titel Planung neuer Schulanlagen, Einhaltung eines Kostenrahmens von maximal 3 Millionen Franken pro Schulklasse

Mehrheit: Referat: Guy Krayenbühl (GLP), Präsidium; Martin Busekros (Grüne), Sarah Dähler (Grüne), Andreas Egli (FDP), Cordelia Forde (SP), Sofia Karakostas (SP), Christoph Riedweg (GLP), Jehuda Spielman (FDP)
 Minderheit: Referat: Roger Bartholdi (SVP); Derek Richter (SVP), Vizepräsidium
 Vakant: 1 Sitz (SP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 42 gegen 74 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Schlussabstimmung über den bereinigten Antrag des Stadtrats

Die GPK beantragt Zustimmung zum bereinigten Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Referat: Guy Krayenbühl (GLP), Präsidium; Derek Richter (SVP), Vizepräsidium; Roger Bartholdi (SVP), Martin Busekros (Grüne), Sarah Dähler (Grüne), Andreas Egli (FDP), Cordelia Forde (SP), Sofia Karakostas (SP), Christoph Riedweg (GLP), Jehuda Spielman (FDP)
 Vakant: 1 Sitz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 116 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Die in der Beilage aufgeführten Postulate (mit Änderungen nach Gemeinderatsbeschluss vom 9. September 2026) werden abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 16. September 2026

615. 2026/230**Weisung vom 20.05.2026:****Sicherheitsdepartement, Genehmigung der Berichterstattung zum Leistungsauftrag, des Geschäftsberichts und der Jahresrechnung des Forensischen Instituts Zürich (FOR) für das Jahr 2025**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Die Berichterstattung zum Leistungsauftrag, der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung des FOR für das Jahr 2025 werden genehmigt (Beilagen).

Referat zur Vorstellung der Weisung: Roger Bartholdi (SVP)

Schlussabstimmung

Die GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Referat: Roger Bartholdi (SVP); Guy Krayenbühl (GLP), Präsidium; Derek Richter (SVP), Vizepräsidium; Martin Busekros (Grüne), Sarah Dähler (Grüne), Andreas Egli (FDP), Cordelia Forde (SP), Sofia Karakostas (SP), Christoph Riedweg (GLP)

Abwesend: Jehuda Spielman (FDP)

Vakant: 1 Sitz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 113 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Die Berichterstattung zum Leistungsauftrag, der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung des FOR für das Jahr 2025 werden genehmigt (Beilagen).

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 16. September 2026 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

616. 2026/240**Weisung vom 27.05.2026:****Gesundheits- und Umweltdepartement, Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich, Kenntnisnahme Geschäftsbericht 2025**

Ausstand: Liv Mahrer (SP)

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht 2025 der SAW (Beilagen 1 und 2) wird zur Kenntnis genommen.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Cordelia Forde (SP)

Schlussabstimmung

Die GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Referat: Cordelia Forde (SP); Guy Kraysenbühl (GLP), Präsidium; Derek Richter (SVP),
Vizepräsidium; Roger Bartholdi (SVP), Martin Busekros (Grüne), Sarah Dähler (Grüne),
Andreas Egli (FDP), Sofia Karakostas (SP), Christoph Riedweg (GLP)
Abwesend: Jehuda Spielman (FDP)
Vakant: 1 Sitz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 106 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht 2025 der SAW (Beilagen 1 und 2) wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 16. September 2026 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

617. 2026/241

Weisung vom 27.05.2026:

Immobilien Stadt Zürich, Hohlstrasse 550, Miete, neue wiederkehrende Ausgaben

Antrag des Stadtrats

Für die Miete an der Hohlstrasse 550, 8048 Zürich, werden neue wiederkehrende Ausgaben von jährlich Fr. 202 331.– bewilligt (Preisstand Oktober 2025, Landesindex der Konsumentenpreise). Die Miete beginnt am 1. September 2028.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Sabine Koch (FDP)

Schlussabstimmung

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Referat: Sabine Koch (FDP); Urs Riklin (Grüne), Präsidium; Liv Mahrer (SP),
Vizepräsidium; Alex Guggenheim (FDP) i. V. von Roger Suter (FDP), Christine Huber
(GLP), Serap Kahrman (GLP), Isabel Maiorano (AL), Dafi Muharemi (SP), Sascha
Rüegg (SVP), Dominique Späth (SP), Stefan Urech (SVP), Selina Walgis (Grüne)
Abwesend: Maya Kägi Götz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 110 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für die Miete an der Hohlstrasse 550, 8048 Zürich, werden neue wiederkehrende Ausgaben von jährlich Fr. 202 331.– bewilligt (Preisstand Oktober 2025, Landesindex der Konsumentenpreise). Die Miete beginnt am 1. September 2028.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 16. September 2026
gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist:
16. November 2026)

618. 2025/543

Weisung vom 19.11.2025:

Deutsch als Zweitsprache (DaZ), Bericht, Abschreibung einer Motion und eines Postulats

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht «Deutsch als Zweitsprache (DaZ), Erhebung des Bedarfs und Erhöhung der Ressourcen» wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion GR Nr. 2023/260 der Grüne-Fraktion vom 31. Mai 2023 betreffend Deutsch als Zweitsprache (DaZ), Erhebung des Bedarfs und Erhöhung der Ressourcen wird als erledigt abgeschrieben.
3. Das Postulat GR Nr. 2022/118 der Grüne-Fraktion vom 18. Mai 2022 betreffend DaZ-Unterricht im erforderlichen Umfang für alle Kinder und Jugendlichen im Schulpflichtigen Alter wird als erledigt abgeschrieben.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Selina Walgis (Grüne)

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Referat: Selina Walgis (Grüne); Urs Riklin (Grüne), Präsidium; Liv Mahrer (SP), Vize-präsidium; Alex Guggenheim (FDP) i. V. von Roger Suter (FDP), Christine Huber (GLP), Maya Kägi Götz (SP), Serap Kahrman (GLP), Sabine Koch (FDP), Isabel Maiorano (AL), Dafi Muharemi (SP), Sascha Rüegg (SVP), Dominique Späth (SP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 116 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Referat: Selina Walgis (Grüne); Urs Riklin (Grüne), Präsidium; Liv Mahrer (SP), Vize-präsidium; Alex Guggenheim (FDP) i. V. von Roger Suter (FDP), Christine Huber (GLP), Maya Kägi Götz (SP), Serap Kahrman (GLP), Sabine Koch (FDP), Isabel Maiorano (AL), Dafi Muharemi (SP), Sascha Rüegg (SVP), Dominique Späth (SP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 109 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Zustimmung: Referat: Selina Walgis (Grüne); Urs Riklin (Grüne), Präsidium; Liv Mahrer (SP), Vizepräsidium; Alex Guggenheim (FDP) i. V. von Roger Suter (FDP), Christine Huber (GLP), Maya Kägi Götz (SP), Serap Kahriman (GLP), Sabine Koch (FDP), Isabel Maiorano (AL), Dafi Muharemi (SP), Sascha Rüegg (SVP), Dominique Späth (SP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 109 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht «Deutsch als Zweitsprache (DaZ), Erhebung des Bedarfs und Erhöhung der Ressourcen» wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion GR Nr. 2023/260 der Grüne-Fraktion vom 31. Mai 2023 betreffend Deutsch als Zweitsprache (DaZ), Erhebung des Bedarfs und Erhöhung der Ressourcen wird als erledigt abgeschrieben.
3. Das Postulat GR Nr. 2022/118 der Grüne-Fraktion vom 18. Mai 2022 betreffend DaZ-Unterricht im erforderlichen Umfang für alle Kinder und Jugendlichen im Schulpflichtigen Alter wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 16. September 2026

619. 2023/6

Weisung vom 06.05.2026:

Motion der AL-Fraktion betreffend Vereinfachung von Bauprojekten für autoarme und autofreie Wohnformen, Änderung der Parkplatzverordnung, Antrag auf zweite Fristverlängerung

Antrag des Stadtrats

Die Frist zur Erfüllung der am 25. Oktober 2023 überwiesenen Motion, GR Nr. 2023/6, der AL-Fraktion vom 11. Januar 2023 betreffend Vereinfachung von Bauprojekten für autoarme und autofreie Wohnformen, Änderung der Parkplatzverordnung, wird um weitere zwölf Monate bis zum 25. Oktober 2027 verlängert.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Michael Schmid (AL)

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Referat: Michael Schmid (AL); Martina Zürcher (FDP), Präsidium; Valentina Fazlija (FDP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Patrick Stählin (GLP), Fabian Stieger (Grüne), Karin Weyermann (Die Mitte)
Minderheit:	Referat: Stephan Iten (SVP); Roman Mörgeli (SVP)
Enthaltung:	Reis Luzhnica (SP), Vizepräsidium; Nina Eggenschwiler (SP), Anna Graff (SP), Severin Meier (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Frist zur Erfüllung der am 25. Oktober 2023 überwiesenen Motion, GR Nr. 2023/6, der AL-Fraktion vom 11. Januar 2023 betreffend Vereinfachung von Bauprojekten für autoarme und autofreie Wohnformen, Änderung der Parkplatzverordnung, wird um weitere zwölf Monate bis zum 25. Oktober 2027 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat

620. 2026/358

**Dringliches Postulat von Janina Flückiger (Grüne), Simone Widmer (Grüne) und 11 Mitunterzeichnenden vom 01.07.2026:
Bessere aktive Warnung der Bevölkerung vor Hitzerrisiken**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltschutzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Janina Flückiger (Grüne) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 364/2026).

Yves Peier (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Christian Häberli (AL) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie in Zusammenarbeit mit den zuständigen Bundesstellen die Bevölkerung besser aktivpräventiv vor Hitzerrisiken gewarnt werden kann ~~—sowohl präventiv wie im Akutfall.~~ Unter anderem soll der bestehende Warn-SMS-Service der Stadt erweitert, durch Push-Nachrichten ergänzt und proaktiv beworben werden. Ergänzend ist die Erstellung einer digitalen, öffentlich zugänglichen Onlinekarte zu prüfen, die kühle Zufluchtsorte im Stadtgebiet ausweist.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltschutzdepartements Stellung.

Janina Flückiger (Grüne) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Dringliche Postulat wird mit 80 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

- 621. 2026/373**
Dringliches Postulat von Thomas Hofstetter (FDP) und Brenda Mäder (FDP) vom 08.07.2026:
Stadtspital Zürich, Gesundheitszentren für das Alter der Stadt Zürich, Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW), bessere Vorbereitung auf die zunehmenden Hitzeperioden

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Dringliche Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

- 622. 2025/621**
Postulat von Liv Mahrer (SP) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) vom 17.12.2025:
Sportanlage Utogrund, gerechte Verteilung der Nutzung auf die verschiedenen Anspruchsgruppen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Liv Mahrer (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5624/2025).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

Stefan Urech (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 14. Januar 2026 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 94 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

- 623. 2025/624**
Postulat von Selina Walgis (Grüne) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) vom 17.12.2025:
Ausbau des Angebots Ferienplausch

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Selina Walgis (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5627/2025).

Stefan Urech (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 14. Januar 2026 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 80 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

624. 2026/8
Postulat von Selina Walgis (Grüne) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) vom 07.01.2026:
Reduzierung der Elternbeiträge für die städtischen Ferien- und Semesterkurse

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Selina Walgis (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5662/2026).

Stefan Urech (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 21. Januar 2026 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 80 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

625. 2026/87
Interpellation von Johann Widmer (SVP), Samuel Balsiger (SVP) und Derek Richter (SVP) vom 25.02.2026:
Projekt «Spielzeugfreier Kindergarten», wissenschaftliche Evidenz, entwicklungspsychologische Vertretbarkeit, Verhältnismässigkeit betreffend Belastung der Kinder und fehlende Einwilligung der Eltern zur Verarbeitung der hochsensiblen, personenbezogenen Kinderdaten sowie Hintergründe zum Datenschutz

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 2485 vom 8. Juli 2026).

Johann Widmer (SVP) nimmt Stellung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

Mitteilung an den Stadtrat

626. 2026/306
Postulat von Selina Walgis (Grüne) und Brigitte Fürer (Grüne) vom 17.06.2026:
Schulanlagen der Stadt, schattige Aussenschulzimmer mit ausreichenden Arbeitsplätzen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Selina Walgis (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 251/2026).

Sascha Rüegg (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 1. Juli 2026 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 66 gegen 51 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

627. 2026/76

Motion von Matthias Renggli (SP), Severin Meier (SP), Tom Cassee (SP) und 8 Mitunterzeichnenden vom 25.02.2026:

Neue Einstiegsmöglichkeiten zum Baden und Schwimmen im Zürichsee durch den Rück- oder Umbau bestehender Uferbefestigungen und durch Anbringen von Sand, Kies oder kleineren flachen Steinen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Severin Meier (SP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 5860/2026).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Severin Meier (SP) ist einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Roman Mörgeli (SVP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2026/496 (statt Motion GR Nr. 2026/76, Umwandlung) wird mit 97 gegen 19 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

628. 2026/101

Postulat von Sibylle Kauer (Grüne) und Julia Hofstetter (Grüne) vom 04.03.2026: Renaturierung und Erweiterung von aktuellen und ehemaligen Standorten von Feucht- und Nasswäldern in städtischem Besitz

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Sibylle Kauer (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5914/2026).

Markus Merki (GLP) begründet den von Beat Oberholzer (GLP) namens der GLP-Fraktion am 18. März 2026 gestellten Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er im Wald ~~auf Stadtgebiet und im Wald~~ ~~auch ausserhalb von Zürich~~ aktuelle und ehemalige Standorte von Feucht- und Nasswäldern, die entwässert und/oder naturfern bestockt sind, renaturieren und erweitern kann, soweit eine Entwässerung nicht aus Sicherheitsgründen (Rutschgefahr) notwendig ist.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Sibylle Kauer (Grüne) ist mit der Textänderung nicht einverstanden.

Das Postulat wird mit 73 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

629. 2026/177

**Motion von Selina Walgis (Grüne) und Sibylle Kauer (Grüne) vom 15.04.2026:
Ausbau betreuter Taubenschläge nach dem Augsburger Modell**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Selina Walgis (Grüne) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 6110/2026).

Johann Widmer (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 10. Juni 2026 gestellten Ablehnungsantrag.

Markus Merki (GLP beantragt Umwandlung in ein Postulat.

Sibylle Kauer (Grüne) ist nicht einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Die Motion wird mit 61 gegen 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

630. 2026/246

**Postulat von Michael Schmid (AL), Christian Häberli (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 27.05.2026:
Entwicklung des Gebiets Sunnau auf dem Gemeindegebiet von Adliswil, Verhinderung eines zusätzlichen Drucks auf die Fauna und Flora des Entlisbergwalds**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Michael Schmid (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 138/2026).

Alex Guggenheim (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 17. Juni 2026 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 59 gegen 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

631. 2026/485

Einzelinitiative von Simon Schaltegger-Steiger vom 01.09.2026: Anerkennung der Quartiere

Von Simon Schaltegger-Steiger, Plattenstrasse 70, 8032 Zürich, ist am 1. September 2026 folgende Einzelinitiative eingereicht worden:

1. Ausformulierter Entwurf / Initiativ-Text:

Rechtsänderungen:

Ergänzung Art. 3 GO und neu Art. 2ter GO (beides *kursiv*):

1.1. Neu (eingefügt nach Art. 2bis GO):

Art. 2^{ter}

Die Stadt bezieht die Quartierbevölkerung in ihre Meinungs- und Willensbildung ein, sofern deren Belange von städtischen Vorhaben besonders betroffen sind.

1.2. Ergänzung/Einfügung (Definition und Anerkennung der Quartiere):

Art. 3

¹ «Das Stadtgebiet ist in folgende 12 Kreise », bestehend je aus einem oder mehreren Quartieren,» eingeteilt:

Kreis 1: Altstadt

Kreis 2: Enge, Wollishofen und Leimbach

Kreis 3: Wiedikon und Friesenberg

Kreis 4: Auszersihl

Kreis 5: Industriequartier

Kreis 6: Unterstrass und Oberstrass

Kreis 7: Fluntern, Hottingen, Hirslanden und Witikon

Kreis 8: Riesbach

Kreis 9: Albisrieden und Altstetten

Kreis 10: Wipkingen und Höngg

Kreis 11: Oerlikon, Seebach und Affoltern

Kreis 12: Schwamendingen

² Massgebend für die Abgrenzung der einzelnen Kreise «und Quartiere» ist der im Stadtarchiv liegende, zur Gemeindeordnung gehörende Stadtplan im Massstab 1:5000.»

2. Begründung:

Die Initiative will die Zürcher Quartiere als gewachsene Lebens- und Identifikationsräume ausdrücklich in der Gemeindeordnung verankern. Heute sind sie in der Gemeindeordnung lediglich im Zusammenhang mit den Stadtkreisen erwähnt und institutionell zu wenig sichtbar.

Unsere Quartiere prägen den Alltag der Bevölkerung unmittelbar: Wohnen, Verkehr, öffentlicher Raum, Schulen, Gewerbe, Grünräume und Nachbarschaften werden vor Ort erlebt. Städtische Vorhaben wirken deshalb nicht überall gleich, sondern oft besonders stark in einzelnen Quartieren.

Die Initiative stärkt weder Partikularinteressen noch schafft sie neue Behörden. Sie verlangt lediglich, dass die Stadt die Quartierbevölkerung bei Vorhaben mit besonderer Quartierbetroffenheit frühzeitig und verbindlich in ihre Meinungs- und Willensbildung einbezieht.

Damit werden Nähe, Transparenz und Akzeptanz kommunaler Entscheidungen gestärkt, ohne die bestehenden Zuständigkeiten von Stadtrat, Gemeinderat oder Verwaltung zu verändern.

Das Anliegen ist bewusst einfach und überparteilich gehalten: Wer in einem Quartier lebt oder arbeitet, soll bei besonders quartierprägenden Vorhaben angemessen gehört werden.

Art. 88 der Kantonsverfassung lässt den Gemeinden sogar weitergehende Quartier- oder Ortsteilkommissionen zu. Die vorliegende Initiative bleibt deutlich zurückhaltender.

Sie beschränkt sich auf Anerkennung und Einbezug; die konkrete Ausgestaltung bleibt den zuständigen städtischen Organen vorbehalten. Die Initiative setzt damit einen klaren Grundsatz, ohne ein starres Organisationsmodell vorzugeben.

Konkret beantragt die Initiative zwei schlanke Ergänzungen der Gemeindeordnung:

1. Anerkennung der Quartiere: Art. 3 GO hält fest, dass die Stadtkreise aus Quartieren bestehen und diese als historisch-geografische Einheiten anerkannt sind.
2. Einbezug der Quartierbevölkerung: Der neue Art. 2^{ter} GO verpflichtet die Stadt, die Quartierbevölkerung bei Vorhaben mit besonderer Quartierbetroffenheit in ihre Meinungs- und Willensbildung einzubeziehen.

Mitteilung an den Stadtrat

632. 2026/497

Motion der AL- und SP-Fraktion vom 09.09.2026:

Integrale Neugestaltung des Wipkingerplatzes zusammen mit dem Grundstück des ehemaligen Postgebäudes

Von der AL- und SP-Fraktion ist am 9. September 2026 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat einen Kredit zur integralen Neugestaltung des Wipkingerplatzes zusammen mit dem Grundstück des ehemaligen Postgebäudes (Grundstücke WP5146, WP4781) vorzulegen. Das Projekt ist mit Mitwirkung des Quartiers zu entwickeln. Sowohl Varianten mit Abbruch wie auch mit Erhalt der Bausubstanz des ehemaligen Postgebäudes sind dabei zu prüfen.

Begründung:

Mit der Weisung 2025/276 beantragt der Stadtrat dem Gemeinderat, die ehemaligen Post am Wipkingerplatz 7 zu erwerben, um später das Gebäude abzubauen und den vorher an dem Ort bestehenden Quartierpark mit einer neuen Gestaltung wiederherzustellen.

Die Liegenschaft liegt unmittelbar neben der Rosengartenstrasse, die mit 46 000 Motorfahrzeuge pro Tag mehr als doppelt so stark befahren ist wie die Gotthardautobahn. Von dieser wirken Lärm- und Schadstoffimmissionen ein auf die Liegenschaft, die über den Alarmwerten liegen. Aufgrund diesen ist die Aufenthaltsqualität momentan draussen sehr stark eingeschränkt.

Durch den Abbruch des Gebäudes würde der Platz vom Dach auf Strassenniveau sinken und damit einfacher zugänglich werden und gleichzeitig etwas von den Immissionen der Rosengartenstrasse geschützt sein. Andererseits würde mit dem Abbruch die Raumknappheit in der Stadt weiter verstärkt, und der Abriss von intakter Bausubstanz widerspricht Art. 152 der Gemeindeordnung (Reduktionsziele Treibhausgase).

In einer partizipativen Projektierung soll deshalb ergebnisoffen festgestellt werden, ob den Bedürfnissen des Quartiers besser mit einem Abbruch oder einem sanften Umbau des Postgebäudes gerecht werden kann. Bei einem Umbau könnten auch die Zugänge zur Dachterrasse attraktiver gestaltet werden, und im Innern des Gebäudes eine quartierorientierte Nutzung untergebracht werden.

Bereits auf dem Papierwerdareal wurde der Abriss des «Globus-Provisoriums» diskutiert um einen offenen Platz zu schaffen. Im Mitwirkungsprozess konnten Ideen mit einem gänzlichen oder teilweisen Erhalt des Gebäudes jedoch viele begeistern. Den Teilnehmenden des Mitwirkungsverfahrens soll deshalb aufgezeigt werden, welche Schritte notwendig wären, um die in der aktuell gültigen Baubewilligung festgeschriebene Beschränkung auf eine postalische Nutzung aufzuweiten für eine Nutzung als Quartiertreffpunkt.

Mitteilung an den Stadtrat

633. 2026/498

**Motion von Alex Guggenheim (FDP) und Simon Hatt (FDP) vom 09.09.2026:
Parzelle «Sunnau» in Adliswil, Veräusserung an die Stadt Adliswil oder an andere
Wohnbauträgerschaften**

Von Alex Guggenheim (FDP) und Simon Hatt (FDP) ist am 9. September 2026 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, die notwendigen Schritte einzuleiten, um die im Eigentum der Stadt Zürich stehende Parzelle „Sunnau“ an die Stadt Adliswil oder an dritte Wohnbauträgerschaften zu veräussern.

Dabei ist sicherzustellen, dass die auf dem Areal bestehenden Fussballplätze langfristig erhalten oder bei einer baulichen Entwicklung mindestens gleichwertig ersetzt werden und den heute dort ansässigen Fussballvereinen weiterhin zur Verfügung stehen. Der Erhalt dieser Sportinfrastruktur ist unabhängig von den künftigen Eigentumsverhältnissen sicherzustellen.

Begründung:

Das Gebiet Sunnau befindet sich vollständig auf dem Gemeindegebiet der Stadt Adliswil. Die planerische und langfristige räumliche Entwicklung dieses Gebiets betrifft daher primär die Bevölkerung sowie die politischen Behörden von Adliswil. Es erscheint deshalb sachgerecht, wenn Grundeigentum, Planungshoheit und Verantwortung für die zukünftige Entwicklung möglichst bei derselben Gemeinde liegen.

Die Stadt Zürich verfügt über zahlreiche Entwicklungsaufgaben auf ihrem eigenen Gemeindegebiet. Ihre wohnpolitischen Aktivitäten und finanziellen Mittel sollen deshalb in erster Linie auf das eigene Stadtgebiet konzentriert werden. Vor diesem Hintergrund besteht kein Grund, weshalb die Stadt Zürich dauerhaft Eigentümerin einer Entwicklungsparzelle ausserhalb ihres Hoheitsgebiets bleiben soll, deren zukünftige Nutzung und Entwicklung massgeblich durch die planerischen und politischen Entscheide einer anderen Gemeinde bestimmt werden. Gleichzeitig kommt dem Areal Sunnau eine wichtige sportliche Bedeutung zu. Die bestehenden Fussballplätze werden von lokalen Vereinen genutzt und leisten einen wertvollen Beitrag zum Breiten- und Jugendsport. Im gesamten Kanton Zürich besteht bereits heute ein erheblicher Mangel an Sport- und insbesondere Fussballinfrastrukturen. Durch das anhaltende Bevölkerungswachstum sowie die erfreuliche Entwicklung des Frauen- und Mädchenfussballs dürfte sich dieser Bedarf in den kommenden Jahren weiter erhöhen.

Aus diesem Grund ist sicherzustellen, dass die bestehenden Fussballplätze erhalten bleiben und den Vereinen auch künftig zur Verfügung stehen. Eine allfällige Übertragung der Parzelle an die Stadt Adliswil darf nicht zu einem Abbau dieser wichtigen Sportinfrastruktur führen.

Mitteilung an den Stadtrat

634. 2026/499

**Postulat der Die Mitte-Fraktion vom 09.09.2026:
Prüfung der aktuellen Umsetzung der Vier-Säulen-Drogenpolitik der Stadt
hinsichtlich der neuen Anforderungen**

Von der Die Mitte-Fraktion ist am 9. September 2026 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob die aktuelle Umsetzung der Vier-Säulen-Drogenpolitik der Stadt Zürich den heutigen neuen Anforderungen entspricht, insbesondere unter Berücksichtigung des stark zunehmenden Crack-Konsums. Dabei soll geprüft werden, welche Teile der Umsetzung von «Prävention», «Therapie», «Schadensminderung» und «Repression» unter den neuen Voraussetzungen nicht mehr funktionieren. Zudem sollen folgende Fragen beantwortet werden: Wie können alle Teile wieder zum

Funktionieren gebracht werden? Müssen Standorte und Kapazitäten der Kontakt- und Anlaufstellen angepasst, müssen ihre Angebote kombiniert werden? Ist die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Sozialarbeit und medizinischem Angebot noch zeitgemäss oder muss diese neu organisiert werden?

Der Stadtrat soll in seinen Überlegungen den Kanton miteinbeziehen, sowie Städte wie Winterthur, St. Gallen oder Chur, die sich im Einzugsgebiet des Zürcher Drogenmarktes befinden, und Städte wie Genf und Lausanne, welche erste Erfahrungen mit Crack haben.

Begründung:

Das Vier-Säulen-Modell (1. Prävention · 2. Therapie · 3. Schadensminderung · 4. Repression/ Regulierung) ist das richtige Mittel der Drogenpolitik, darüber besteht ein breiter fachlicher Konsens. Genauso besteht ein Konsens, dass das nun dreissigjährige Modell für die aktuelle europäische Crack-Krise angepasst werden muss. Die Krise erreichte 2021 Genf und damit die Schweiz. Nun hat sie auch Zürich erreicht. Leider liess der Stadtrat diese fünf Jahre für grundsätzliche Fragen weitgehend ungenutzt verstreichen.

Die neue Krise bringt neue Herausforderungen:

- Kokain/Crack wirkt verheerend auf die psychische Gesundheit,
- noch nie war es so billig, so rein, auf so vielen unterschiedlichen Kanälen erhältlich und
- es gibt kein Substitut für diese Droge.

Die Gruppe der Konsumierenden ist ebenfalls heterogener geworden:

- Ältere ehemalige Heroin-Konsumierende, die ihr stabilisiertes Leben wieder verlieren,
- jüngere Personen, die nach diversen anderen Drogen bei Crack enden,
- diverse spezifische vulnerable Gruppen wie Sans-Papiers oder Menschen mit psychischer Belastung.

Echte langfristige Strategieanpassungen sind bis jetzt leider nicht zu erkennen, sondern nur hektischer Aktionismus. Ebenso verblasst auf politischer Ebene gerade die unter grossen Mühen in der Heroin- und Aids-Krise gewonnene Erkenntnis der Neunzigerjahre, dass es für eine erfolgreiche Drogenpolitik weiterhin alle vier Säulen braucht.

Mitteilung an den Stadtrat

635. 2026/500

Postulat von Patrik Brunner (FDP), Deborah Wettstein (FDP) und Dr. Emanuel Tschannen (FDP) vom 09.09.2026:

Kompensation von Schäden am Eigentum von Privaten als Folge von unbewilligten, durch die Stadt tolerierten Demonstrationen oder Besetzungen

Von Patrik Brunner (FDP), Deborah Wettstein (FDP) und Dr. Emanuel Tschannen (FDP) ist am 9. September 2026 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie Schäden von Privaten, deren Eigentum im Zuge von unbewilligten, durch die Stadt tolerierten Demonstrationen und/oder Besetzungen beschädigt wird, durch die Stadt kompensiert werden können.

Begründung:

Am Wochenende vom 29./30 August 2026 wurde der Lindenhof in der Zürcher Innenstadt gemäss Pressemitteilung der Stadtpolizei von Aktivist*innen aus dem linksextremen Umfeld besetzt. Die Polizei und die Sicherheitsvorsteherin tolerierten die Besetzung. Dem Vernehmen nach wurde mit den Aktivist*innen vereinbart, dass sie im Gegenzug für einen Abzug am Sonntag nicht für entstandene Sachbeschädigungen ins Recht gefasst werden.

Mehrere Liegenschaften auf dem Lindenhof und im angrenzenden Quartier wurden im Zuge der Besetzung verunstaltet und beschädigt. Anscheinend wurde bei einem Privaten sogar der Strom angezapft und für eine nicht bewilligte Veranstaltung auf öffentlichem Grund verwendet.

Wenn die Stadt durch polizeitaktische Entscheide Schäden provoziert, in Kauf nimmt oder nicht verhindert, muss sie dafür einstehen. Es kann nicht sein, dass Private für Schäden geradestehen müssen, welche die Stadt mit ihren Entscheidungen toleriert bzw. nicht verhindert. Daher ist zu prüfen, wie Schäden, die aus unbilligen und tolerierten Demonstrationen entstehen, durch die Stadt kompensiert werden können.

Mitteilung an den Stadtrat

636. 2026/501**Postulat von Attila Kipfer (SVP), Samuel Balsiger (SVP) und Michele Romagnolo (SVP) vom 09.09.2026:
Aufhebung des Ausländerbeirats auf das Ende der laufenden Amtsdauer**

Von Attila Kipfer (SVP), Samuel Balsiger (SVP) und Michele Romagnolo (SVP) ist am 9. September 2026 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie der Ausländerbeirat auf das Ende der laufenden Amtsdauer aufgehoben werden kann.

Begründung:

Wer am demokratischen politischen Prozess mit Stimm- und Wahlrecht teilnehmen möchte, hat die Möglichkeit, sich einbürgern zu lassen.

Die Antwort des Stadtrats auf die Schriftliche Anfrage GR Nr. 2026/58 von Attila Kipfer (SVP) zeigt, dass der seit 2005 bestehende Ausländerbeirat weder über Antrags- noch über Vetorechte verfügt. Er kann Anliegen und Vorschläge einbringen und trifft sich sechsmal jährlich mit einer Delegation des Stadtrats und der Verwaltung. Welche konkreten Vorschläge in den vergangenen zwei Legislaturen umgesetzt oder abgelehnt wurden, legt der Stadtrat in seiner Antwort jedoch nicht detailliert dar.

Auch zur Wirksamkeit bleibt die Antwort allgemein. Auf die Frage nach empirischen Belegen verweist der Stadtrat lediglich darauf, dass Einbezug und Teilhabe zentrale Elemente der Integrationsarbeit seien. Ein konkreter Wirkungsnachweis dafür, dass gerade dieses Gremium die Integration oder das Zusammenleben messbar verbessert, wird nicht erbracht. Nach mehr als zwanzig Jahren Bestand ist eine überprüfbare Bilanz angebracht.

Der Stadtrat räumt zudem ausdrücklich ein, dass der Beirat die Vielfalt der ausländischen Bevölkerung Zürichs nicht abschliessend repräsentieren kann. Seine Mitglieder werden nicht von der betroffenen Bevölkerung gewählt, sondern auf Vorschlag der Stadtpräsidentin oder des Stadtpräsidenten vom Stadtrat ernannt. Damit handelt es sich nicht um eine repräsentative Vertretung, sondern um eine vom Stadtrat zusammengestellte beratende Kommission. Gerade deshalb ist zu prüfen, ob offene, themenbezogene und zeitlich begrenzte Konsultationen die tatsächliche Vielfalt besser abbilden würden.

Der Beirat verursacht gemäss Stadtrat jährliche Kosten von rund 85'000 Franken. Davon entfallen etwa 45'000 Franken auf Entschädigungen, rund 30'000 Franken auf die Geschäftsstelle und etwa 10'000 Franken auf weitere Ausgaben. Gleichzeitig sind die Protokolle der in der Regel sechs jährlichen Plenarsitzungen und des Arbeitstreffens nicht öffentlich. Für ein dauerhaft finanziertes Gremium fehlen damit sowohl eine transparente öffentliche Rechenschaft über die konkrete Wirkung als auch nachvollziehbare Kriterien für Kosten und Nutzen.

Die Stadt verfügt bereits über Vernehmlassungen, Quartierforen, Fachstellen, zivilgesellschaftliche Organisationen und weitere Beteiligungsmöglichkeiten. Diese Gefässe können gezielt weiterentwickelt werden, damit sich Menschen unabhängig von Staatsangehörigkeit, Herkunft oder Organisationsgrad einbringen können. Integration soll gemeinsame Zugehörigkeit und Teilhabe fördern. Eine dauerhafte Sonderstruktur, deren Mitgliedschaft ausdrücklich an das Fehlen des Schweizer Bürgerrechts geknüpft ist, ist dafür nicht zwingend das geeignete Instrument.

Die Aufhebung des Beirats bedeutet keinen Verzicht auf den Dialog mit der ausländischen Bevölkerung. Vielmehr soll die Mitwirkung breiter, transparenter, themenbezogener und überprüfbarer ausgestaltet werden. Die frei werdenden Mittel können eingespart oder für Integrationsmassnahmen eingesetzt werden, deren Ziele, Reichweite und Wirkung nachvollziehbar ausgewiesen werden.

Mitteilung an den Stadtrat

637. 2026/502**Postulat von Attila Kipfer (SVP), Samuel Balsiger (SVP) und Michele Romagnolo (SVP) vom 09.09.2026:
Aufhebung der LGBTIQ-Fachstelle bei der Stadtpolizei und Verwendung der Ressourcen für die polizeilichen Kernaufgaben**

Von Attila Kipfer (SVP), Samuel Balsiger (SVP) und Michele Romagnolo (SVP) ist am 9. September 2026 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die neu geschaffene LGBTQ-Fachstelle bei der Stadtpolizei Zürich aufgehoben und die dafür eingesetzten personellen und finanziellen Ressourcen wieder für die polizeilichen Kernaufgaben verwendet werden können. Dabei ist insbesondere darzulegen, wie die Anliegen sämtlicher Mitarbeitenden und Bevölkerungsgruppen weiterhin diskriminierungsfrei im Rahmen der bestehenden Führungs-, Personal- und Beschwerdestrukturen behandelt werden können.

Begründung:

Aus der Antwort des Stadtrats auf die Schriftliche Anfrage GR Nr. 2025/602 geht hervor, dass die Einrichtung der Fachstelle nicht aufgrund eines ausgewiesenen operativen Bedürfnisses der Stadtpolizei erfolgte. Vielmehr wurde der Einsatz von insgesamt 50 Stellenprozenten für eine sogenannte Diversity-Fachstelle von der Vorsteherin des Sicherheitsdepartements vorgeschlagen und in den Budgetprozess 2025 aufgenommen. Davon werden 20 Stellenprozente ausschliesslich für LGBTQ-Themen eingesetzt.

Die Stadtpolizei ist in erster Linie für die Sicherheit, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, die Prävention und die Strafverfolgung zuständig. Angesichts der hohen Belastung der Polizeikräfte ist nicht nachvollziehbar, weshalb personelle Ressourcen für eine thematisch eng ausgerichtete Fachstelle gebunden werden, anstatt diese für die eigentlichen polizeilichen Aufgaben einzusetzen.

Gemäss der Antwort des Stadtrats wurde die betreffende Funktion nicht ordentlich ausgeschrieben. Stattdessen wurden gezielt Mitarbeitende angesprochen, die bereits einen Bezug zur LGBTIQ-Thematik hatten. Der Stelleninhaber wurde anschliessend durch den Kommandanten berufen. Dieses Vorgehen wirft Fragen hinsichtlich Transparenz, Chancengleichheit und einer ergebnisoffenen Auswahl auf.

Auch die Ausbildung erfolgte teilweise durch Organisationen mit einem spezifischen thematischen Bezug. Genannt werden der Ehrenpräsident des Vereins Pink Cop, ein Seminar des deutschen Verbands lesbischer und schwuler Polizeibeamter sowie ein Forum in Deutschland. Eine ausgewogene und weltanschaulich neutrale Ausrichtung der Fachstelle wird in der Antwort des Stadtrats nicht dargelegt.

Die Fachstelle verursacht jährlich Personalkosten von Fr. 30'400.–. Hinzu kommen externe Ausbildungs- und Reisekosten sowie die Nutzung städtischer Infrastruktur. Auch wenn der Betrag im Gesamtbudget der Stadtpolizei vergleichsweise gering erscheinen mag, ist jede zusätzliche Spezialisierung hinsichtlich ihrer Notwendigkeit, ihres Nutzen und ihrer messbaren Wirkung zu begründen. Aus der Antwort des Stadtrats gehen weder konkrete Fallzahlen noch eine Bedarfsanalyse, messbare Zielsetzungen oder Kriterien für eine spätere Erfolgskontrolle hervor.

Diskriminierungen und persönliche Konflikte müssen unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Herkunft, Religion, Alter oder politischer Haltung ernst genommen werden. Dafür braucht es jedoch keine separate Fachstelle für einzelne gesellschaftliche Gruppen. Eine rechtsstaatlich und professionell handelnde Polizei muss allen Menschen gleichermaßen zur Verfügung stehen. Die bestehenden Personal-, Führungs-, Beschwerde- und Beratungsstrukturen sind entsprechend diskriminierungsfrei auszugestalten.

Die Schaffung immer neuer, gruppenspezifischer Fachstellen führt zu einer Zersplitterung der Verwaltung, schafft neue Abgrenzungsfragen und kann Forderungen nach weiteren Sonderstrukturen auslösen. Deshalb soll die LGBTQ-Fachstelle aufgehoben und die dafür eingesetzte Arbeitskapazität wieder den polizeilichen Kernaufgaben zugeführt werden.

Mitteilung an den Stadtrat

638. 2026/503

**Postulat von Mischa Schiow (AL), Tanja Maag (AL) und Christian Häberli (AL)
vom 09.09.2026:**

Gewinnung von privaten Immobilienfirmen für den Erhalt und die Errichtung von bezahlbaren Wohnungen

Von Mischa Schiow (AL), Tanja Maag (AL) und Christian Häberli (AL) ist am 9. September 2026 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie private Immobilienfirmen für die im Programm Wohnen 2026 definierten Leistungsziele zum Erhalt und die Errichtung von bezahlbaren Wohnungen gewonnen werden können. Ein vom Stadtpräsidenten einberufener runder Tisch mit Vertreter:innen der Immobilienbranche und der Mieter:innen könnte dabei neue Ansätze für eine partnerschaftliche Best Practice aufzeigen.

Begründung:

Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen stellt für die Bevölkerung der Stadt das mit Abstand grösste Problem dar. Zahlreiche Leerkündigungen im Hinblick auf Sanierungen und Ersatzneubauten führen zu existenziellen Problemen und einer Verdrängung aus der Stadt. Der Bau und Ankauf von Liegenschaften

durch die Stadt und gemeinnützige Wohnbauträger vermag diese Entwicklung nicht zu entschleunigen und die Tendenz umzukehren.

Beispiele von sozialverträglichen Herangehensweisen durch private Immobilienentwickler existieren und könnten Schule machen. Die geplante Erneuerung der Siedlung Frohburg der an der Murwiesenstrasse durch die Helvetia-Versicherung ist ein Beispiel für eine solche Vorgehensweise. Dazu gehören geplante Etappierung, Zwischenlösungen für Mieter:innen und ein freiwillig festgelegter Anteil von preisgünstigen Wohnungen, um den Verbleib der Betroffenen zu ermöglichen.

Der Einberufung eines runden Tisches durch den Stadtpräsidenten käme grosse Signalwirkung zu.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Einzelinitiative, die zwei Motionen und die fünf Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

639. 2026/504

Schriftliche Anfrage von Alex Guggenheim (FDP), Martin Bürki (FDP) und Anthony Goldstein (FDP) vom 09.09.2026:

Grundstücke beim ehemaligen Restaurant Belvoirpark und der Hotelfachschule, mögliche Nutzungen und Konzepte, Massnahmen zur Sicherstellung einer längerfristigen Weiternutzung der Gebäude, baurechtliche Möglichkeiten auf beiden Grundstücken und Potenzial für zusätzlichen Wohnraum sowie zeitlicher Fahrplan für weitere Festlegungen und Entwicklungen

Von Alex Guggenheim (FDP), Martin Bürki (FDP) und Anthony Goldstein (FDP) ist am 9. September 2026 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Der Stadt Zürich gehören sowohl das Grundstück, auf dem sich das ehemalige Restaurant Belvoirpark befindet, als auch das unmittelbar angrenzende Grundstück der Hotelfachschule. Beide Liegenschaften befinden sich damit an attraktiver Lage in städtischem Eigentum und bilden zusammen ein Areal mit erheblichem Entwicklungspotenzial.

Gemäss aktuellem Kenntnisstand stehen bei beiden bisherigen Nutzungen in absehbarer Zeit wesentliche Veränderungen bevor. Das Restaurant Belvoirpark hat seinen Betrieb bereits eingestellt bzw. wird nicht mehr in der bisherigen Form weitergeführt. Auch die Nutzung des benachbarten Grundstücks durch die Hotelfachschule soll im kommenden Jahr enden.

Damit stellt sich die Frage, wie die Stadt Zürich mit den beiden Grundstücken nach Wegfall der bisherigen Nutzungen umzugehen beabsichtigt. Insbesondere ist von Interesse, ob bereits Überlegungen, Planungen oder konkrete Absichten hinsichtlich einer künftigen Nutzung oder einer gemeinsamen Entwicklung der beiden Grundstücke bestehen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

Der Stadtrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche langfristigen Absichten verfolgt der Stadtrat mit den Grundstücken des ehemaligen Restaurants Belvoirpark und der Hotelfachschule? Bestehen bereits konkrete Planungen oder Nutzungskonzepte für die Zeit nach Aufgabe der heutigen Nutzungen?
2. Welche langfristigen Absichten verfolgt der Stadtrat mit den bestehenden Gebäuden auf den beiden Grundstücken?
3. In welchem baulichen Zustand befinden sich die bestehenden Gebäude und welche wesentlichen baulichen Massnahmen wären nach Einschätzung des Stadtrats notwendig, um eine längerfristige Weiternutzung sicherzustellen?
4. Mit welchen Investitions- bzw. Sanierungskosten rechnet der Stadtrat ungefähr, um die bestehenden Gebäude für eine langfristige Nutzung instand zu setzen? Falls noch keine Kostenschätzungen vorliegen: Bis wann ist mit solchen zu rechnen?
5. Bestehen für die beiden Grundstücke bzw. die darauf befindlichen Gebäude noch laufende vertragliche Verpflichtungen der Stadt, insbesondere Miet-, Pacht-, Baurechts- oder sonstige Nutzungsverträge? Falls ja, welche Verpflichtungen bestehen und wann enden diese?

6. Prüft der Stadtrat eine gemeinsame planerische oder bauliche Entwicklung der beiden Grundstücke? Falls ja, welche Varianten werden derzeit geprüft? Falls nein, aus welchen Gründen werden die Grundstücke separat betrachtet?
7. Welche baurechtlichen Möglichkeiten bestehen auf den beiden Grundstücken gemäss geltender Bau- und Zonenordnung? Wie gross sind insbesondere die bestehenden Ausnützungsreserven gegenüber der heutigen Bebauung?
8. Wurde oder wird geprüft, auf den Grundstücken künftig Wohnraum zu schaffen? Falls ja, welches ungefähre Potenzial an zusätzlichen Wohnungen bzw. Wohnfläche sieht der Stadtrat auf dem Areal und welche Wohnformen oder Trägerschaften werden dabei geprüft?
9. Welche weiteren Nutzungen – beispielsweise Bildungs-, Kultur-, Gastronomie-, Gewerbe- oder öffentliche Nutzungen – werden für die Grundstücke geprüft und nach welchen Kriterien soll über die zukünftige Nutzung entschieden werden?
10. Wie sieht der weitere zeitliche Fahrplan für die beiden Grundstücke aus? Bis wann beabsichtigt der Stadtrat über deren zukünftige Nutzung zu entscheiden und wann wäre frühestens mit einer Umnutzung, Sanierung oder baulichen Entwicklung zu rechnen?

Mitteilung an den Stadtrat

640. 2026/505

Schriftliche Anfrage von Marita Verbali (FDP) und Dr. Emanuel Tschannen (FDP) vom 09.09.2026:

Neuausschreibung städtischer Gastronomieangebote, rechtliche Grundlagen, zulässige Alternativen zu einer vollständigen Neuausschreibung, Anzahl Ausschreibungen und Zuschläge an die bisherige Mietpartei, Amortisierung der Investitionen der Pumpstation Gastro GmbH, Regelungen für nicht amortisierte, von der Stadt bewilligte Investitionen sowie Kriterien für eine Neuvergabe

Von Marita Verbali (FDP) und Dr. Emanuel Tschannen (FDP) ist am 9. September 2026 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Private Betreiberinnen und Betreiber städtischer Gastronomiestandorte investieren eigenes Kapital, entwickeln Betriebe über Jahre und schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze. Dafür brauchen sie verlässliche Rahmenbedingungen, Planungssicherheit und einen angemessenen Schutz bewilligter Investitionen. Bei Neuausschreibungen stellt sich daher die Frage, wie Investitionsschutz, unternehmerische Leistung, Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie die Verankerung eines Betriebs berücksichtigt werden. Aktueller Anlass ist das Restaurant Pumpstation am Utoquai, das seit 1998 von der Pumpstation Gastro GmbH betrieben wird. Die Betreiberin investierte zuletzt rund 700'000 Franken in den von der Stadt bewilligten Umbau des WC-Pavillons.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Auf welche konkreten rechtlichen Grundlagen stützt sich die Auffassung, dass der Betrieb nach Ablauf des Miet- und Konzessionsverhältnisses öffentlich neu ausgeschrieben werden muss? Handelt es sich um eine verbindliche rechtliche Verpflichtung, eine Empfehlung der Wettbewerbskommission (WEKO) oder eine Auslegung des Binnenmarktgesetzes durch die Stadt, und wurde diese Rechtsauffassung intern oder extern geprüft?
2. Welche rechtlich zulässigen Alternativen zu einer vollständigen Neuausschreibung wurden geprüft, insbesondere eine Vertragsverlängerung oder eine Vergabereform, welche die bisherigen Investitionen und Aufbauleistungen berücksichtigt, und weshalb wurden diese verworfen?
3. Wie viele städtische Gastronomiebetriebe wurden in den vergangenen zehn Jahren neu ausgeschrieben, und in wie vielen Fällen erhielt die bisherige Mietpartei erneut den Zuschlag?
4. Sind im Abschnitt zwischen Bellevue und Zürichhorn verkehrliche oder städtebauliche Massnahmen, insbesondere Velovorzugsrouten, geplant? Falls ja: Welche Auswirkungen haben diese auf die künftige Nutzung der Gastronomiestandorte sowie auf die Ausgestaltung und Dauer der Miet- und Konzessionsverhältnisse?
5. Welche von der Stadt bewilligten Investitionen der Pumpstation Gastro GmbH sind bei Vertragsende noch nicht amortisiert? Wie wurde insbesondere beim rund 700'000 Franken teuren Umbau des WC-Pavillons sichergestellt, dass die Investition innerhalb der verbleibenden Vertragsdauer amortisiert werden kann?

6. Wann und in welcher Form wurde die Pumpstation Gastro GmbH erstmals darüber informiert, dass nach Ablauf des bestehenden Vertrags eine Neuausschreibung erfolgen und das Mietverhältnis möglicherweise nicht fortgesetzt werden würde? Wurde sie vor der Bewilligung des WC-Umbaus ausdrücklich auf dieses Risiko hingewiesen?
7. Welche Regelungen gelten für noch nicht amortisierte, von der Stadt bewilligte Investitionen, wenn die bisherige Betreiberin den Zuschlag nicht erhält? Ist eine Entschädigung vorgesehen?
8. Nach welchen Kriterien und mit welcher Gewichtung soll der Betrieb neu vergeben werden? Wie werden dabei die bisherige Betriebsführung, die privaten Investitionen, die Arbeits- und Ausbildungsplätze, die Verankerung des Betriebs in Zürich, das Preisniveau sowie die Höhe des angebotenen Mietzinses berücksichtigt?
9. Wird bei der Vergabe berücksichtigt, wie viele städtische Gastronomiebetriebe eine Bewerberin oder ein Bewerber bereits führt?
10. Ist der Stadtrat bereit, in künftigen Verträgen klare und vorgängig bekannte Regelungen zur Amortisation und Entschädigung bewilligter privater Investitionen bei einer späteren Neuausschreibung vorzusehen?

Mitteilung an den Stadtrat

641. 2026/506

Schriftliche Anfrage von Jane Bailey (SVP), Stephan Iten (SVP) und Johann Widmer (SVP) vom 09.09.2026:

Aufhebung von Parkplätzen der Blauen Zone in Wipkingen, Auflistung der aufgehobenen Parkplätze seit Januar 2025, ausgegebene Anwohnerparkkarten im betreffenden Gebiet, Gründe für die Aufhebung der Parkplätze, Information der betroffenen Quartierbevölkerung und des Gewerbes, Auswirkungen des fortlaufenden Abbaus sowie Beurteilung der Verhältnismässigkeit und der Fairness gegenüber den bezahlenden Anwohnenden

Von Jane Bailey (SVP), Stephan Iten (SVP) und Johann Widmer (SVP) ist am 9. September 2026 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In Wipkingen wurden in jüngster Zeit erneut zahlreiche Parkplätze der Blauen Zone ersatzlos und ohne begründeten Anlass aufgehoben. Die Quittung für diese verfehlte Quartierplanung tragen die Anwohnenden: Der Parkplatzsuchverkehr hat massiv zugenommen.

Für die Betroffenen ist diese Praxis absolut unverständlich und intransparent. Es wird weder kommuniziert, warum diese Parkplätze aufgehoben wurden, noch welche Nutzung für die frei gewordenen Flächen vorgesehen ist. Besonders störend ist, dass, während die Stadt das Parkplatzangebot systematisch verknappt, werden die Anwohnenden für ihre Parkkarten weiterhin den vollen Preis bezahlen. Sie bezahlen somit für eine Leistung, deren Gegenwert von Tag zu Tag schwindet.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Blaue-Zonen-Parkplätze wurden in Wipkingen seit dem 1. Januar 2025 aufgehoben? Der Stadtrat wird gebeten, die aufgehobenen Parkplätze nach Strasse, Anzahl und Datum der Aufhebung vollständig tabellarisch aufzulisten.
2. Wie viele Anwohnerparkkarten sind derzeit im betreffenden Postleitzahlgebiet ausgegeben, und wie vielen tatsächlich vorhandenen Blaue-Zonen-Parkplätzen stehen diese gegenüber? Wie hat sich dieses Verhältnis seit 2020 jährlich entwickelt?
3. Aus welchem konkreten Grund wurde jeder dieser Parkplätze aufgehoben? Welche neue Nutzung ist jeweils an die Stelle des Parkplatzes getreten, und auf welcher gesetzlichen, planerischen oder verkehrstechnischen Grundlage erfolgte die jeweilige Aufhebung? Wie viele Blaue-Zonen-Parkplätze wurden ersatzlos aufgehoben, ohne dass die betreffende Fläche anschliessend einer anderen Nutzung zugeführt wurde?
4. Wurden die unmittelbar betroffenen Quartierbewohner und Gewerbetreibenden vor der Aufhebung der genannten Blaue-Zonen-Parkplätze informiert oder in die Entscheidungsfindung einbezogen? Falls nein: Weshalb verzichtete die Stadt auf eine vorgängige Information oder Mitwirkung der direkt Betroffenen? Nach welchen Kriterien entscheidet die Stadt grundsätzlich, ob bei einem Parkplatzabbau die Quartierbevölkerung informiert oder einbezogen wird?

5. Wurde vor der Aufhebung erhoben, wie stark die betreffenden Parkplätze sowie die verbleibenden Blaue-Zonen-Parkplätze im unmittelbaren Umfeld tatsächlich ausgelastet sind? Falls ja, wird der Stadtrat gebeten, die entsprechenden Erhebungen und Resultate offenzulegen. Falls nein: Auf welcher sachlichen Grundlage wurde entschieden, dass auf diese Parkplätze verzichtet werden kann?
6. Wie beurteilt der Stadtrat die Auswirkungen des fortlaufenden Abbaus von Blaue-Zonen-Parkplätzen auf den Parkplatzsuchverkehr in Wipkingen? Wurde untersucht oder modelliert, ob sich dadurch der Suchverkehr erhöht oder in angrenzende Strassen verlagert? Wie bringt der Stadtrat einen allfälligen zusätzlichen Suchverkehr mit den städtischen Zielen zur Reduktion von Lärm, Emissionen und unnötigem motorisiertem Verkehr in Einklang?
7. Wie beurteilt der Stadtrat die Verhältnismässigkeit und Fairness gegenüber Anwohnenden, die jährlich für eine Anwohnerparkkarte bezahlen, während gleichzeitig die Zahl der tatsächlich verfügbaren Blaue-Zonen-Parkplätze in ihrem Quartier fortlaufend reduziert wird? Wo sieht der Stadtrat die Grenze, ab welcher eine fortlaufende Reduktion des Parkplatzangebots die praktische Nutzbarkeit der weiterhin kostenpflichtig angebotenen Anwohnerparkkarte erheblich einschränkt? Wie hat sich das Verhältnis zwischen ausgegebenen Anwohnerparkkarten und tatsächlich verfügbaren Blaue-Zonen-Parkplätzen in Wipkingen seit 2020 jährlich entwickelt?
8. Wie viele weitere Blaue-Zonen-Parkplätze sollen in Wipkingen bis Ende 2030 aufgehoben werden? Der Stadtrat wird gebeten, sämtliche bereits beschlossenen, projektierten oder konkret vorgesehenen Aufhebungen mit Standort, Anzahl, vorgesehenem Zeitpunkt und Begründung auszuweisen.

Mitteilung an den Stadtrat

642. 2026/507

Schriftliche Anfrage von Attila Kipfer (SVP), Sascha Rüegg (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 09.09.2026:

Sicherheitslage in städtischen Freibädern, Anzahl Einsätze der Stadtpolizei und deren Gründe, kontrollierte Personen und ergriffene Massnahmen, Entwicklung der Situation für die Mitarbeitenden der Badeanlagen, Einsatz privater Sicherheitsdienste, Bäder mit schweren und sicherheitsrelevanten Vorfällen, zusätzliche Sicherheitsmassnahmen sowie Beurteilung des weiteren Handlungsbedarfs

Von Attila Kipfer (SVP), Sascha Rüegg (SVP) und Stephan Iten (SVP) ist am 9. September 2026 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die städtischen Freibäder sind während der Sommermonate wichtige Freizeit- und Erholungsorte für die Bevölkerung der Stadt Zürich. An stark frequentierten Tagen treffen dort teilweise mehrere tausend Besucherinnen und Besucher auf engem Raum zusammen.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach der Entwicklung der Sicherheitslage in den städtischen Freibädern. Von besonderem öffentlichem Interesse sind dabei Vorfälle wie Tötlichkeiten, Drohungen, Belästigungen, Diebstähle, Sachbeschädigungen sowie Situationen, in denen Mitarbeitende der Badeanlagen, private Sicherheitsdienste oder die Stadtpolizei Zürich intervenieren müssen.

Für die Beurteilung der Situation ist insbesondere von Bedeutung, ob und in welchem Ausmass sich die Zahl und Art der sicherheitsrelevanten Vorfälle in den vergangenen Jahren verändert haben und welche Massnahmen die Stadt zur Gewährleistung eines sicheren Badebetriebs trifft.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Einsätze leistete die Stadtpolizei Zürich in den einzelnen städtischen Freibädern in den Jahren 2021 bis 2026? Wir bitten darum, die Zahlen soweit verfügbar nach Jahr und Badeanlage aufzuschlüsseln.
2. Aus welchen Gründen erfolgten diese Polizeieinsätze? Wir bitten um eine Aufschlüsselung insbesondere nach Tötlichkeiten beziehungsweise Körperverletzungen, Drohungen, sexuellen Belästigungen bzw. Sexualdelikten, Diebstählen, Raubdelikten, Sachbeschädigungen, Verstössen gegen das Betäubungsmittelrecht sowie weiteren relevanten Deliktskategorien.
3. Wie viele Personen wurden im Zusammenhang mit Vorfällen in städtischen Freibädern in den genannten Jahren polizeilich kontrolliert, weggeiwiesen, vorläufig festgenommen oder verzeigt?
4. Wie viele Haus- beziehungsweise Badeverbote wurden in den einzelnen Freibädern in den Jahren 2021 bis 2026 ausgesprochen? Aus welchen Gründen wurden diese ausgesprochen?

5. In wie vielen Fällen waren Mitarbeitende der Badeanlagen selbst von Tötlichkeiten, Drohungen, Beschimpfungen oder anderen Übergriffen betroffen? Wie hat sich diese Zahl seit 2021 entwickelt?
6. In welchen städtischen Freibädern werden während der Badesaison private Sicherheitsdienste eingesetzt? Wie viele Einsatzstunden wurden hierfür jährlich seit 2021 aufgewendet, und welche Kosten entstanden der Stadt daraus?
7. Stellt der Stadtrat bei den sicherheitsrelevanten Vorfällen in den Freibädern seit 2021 eine Zu- oder Abnahme fest? Falls ja, wie beurteilt er diese Entwicklung, und welche Ursachen sieht er dafür?
8. Gibt es einzelne Freibäder, die hinsichtlich der Anzahl oder Schwere der sicherheitsrelevanten Vorfälle besonders auffallen? Falls ja, welche Anlagen sind dies, und welche zusätzlichen Sicherheitsmassnahmen wurden dort getroffen?
9. Wie funktioniert die Zusammenarbeit zwischen dem Sportamt, den Mitarbeitenden der Badeanlagen, privaten Sicherheitsdiensten und der Stadtpolizei bei sicherheitsrelevanten Ereignissen? Bestehen hierfür standardisierte Einsatz- oder Eskalationskonzepte?
10. Welche zusätzlichen Sicherheitsmassnahmen wurden seit 2021 in den städtischen Freibädern eingeführt, und welche weiteren Massnahmen sind geplant?
11. Wie beurteilt der Stadtrat die heutige Sicherheitslage für Badegäste und Mitarbeitende in den städtischen Freibädern insgesamt, und sieht er aufgrund der Entwicklung der vergangenen Jahre zusätzlichen Handlungsbedarf?

Mitteilung an den Stadtrat

643. 2026/508

Schriftliche Anfrage von Marisa Kappeler-Schudel (GLP), Patrick Stählin (GLP) und Sven Sobernheim (GLP) vom 09.09.2026:

Automatisiertes und autonomes Fahren, Beurteilung der künftigen Entwicklung, Zuständigkeiten und Einflussmöglichkeiten der Stadt, Einschätzung des Potenzials, Konkurrenzierung des öffentlichen Verkehrs, Risikoabschätzung betreffend zusätzliche Leerfahrten, mögliche Bewilligungs-, Konzessions-, Daten- oder Auflagenmodelle sowie Anforderungen betreffend Datenschutz und Cybersicherheit

Von Marisa Kappeler-Schudel (GLP), Patrick Stählin (GLP) und Sven Sobernheim (GLP) ist am 9. September 2026 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Mit der technologischen Entwicklung und den neuen bundesrechtlichen Grundlagen rückt automatisiertes und perspektivisch autonomes Fahren auch in der Stadt Zürich näher. Seit März 2025 bestehen in der Schweiz neue rechtliche Möglichkeiten für automatisiertes Fahren, insbesondere für Autobahnpiloten, führerlose Fahrzeuge auf behördlich genehmigten Strecken sowie automatisiertes Parkieren.

Für eine dichte Stadt wie Zürich stellen sich damit frühzeitig strategische und praktische Fragen. Autonomes Fahren kann Chancen bieten, etwa für die Feinerschliessung, die letzte Meile, barrierefreie Mobilität, Logistik, Randzeitenangebote oder effizientere Flotten. Gleichzeitig kann es den öffentlichen Verkehr, den Fuss- und Veloverkehr sowie den ohnehin knappen öffentlichen Raum unter Druck setzen, wenn neue Angebote unkoordiniert entstehen, Leerfahrten zunehmen oder private Robotaxi-Angebote bestehende kollektive Mobilitätsangebote konkurrenzieren.

Der Stadtrat wird deshalb um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie beurteilt der Stadtrat die Entwicklung des automatisierten und autonomen Fahrens für die Stadt Zürich in den nächsten fünf bis zehn Jahren? Welche konkreten Zuständigkeiten und Einflussmöglichkeiten hat die Stadt Zürich heute bei automatisierten Fahrzeugen im städtischen Raum, insbesondere im Verhältnis zu Bund, Kanton, ASTRA, Strassenverkehrsamt, Polizei, VBZ und privaten Anbieter?
2. Welche Erfahrungen hat die Stadt Zürich, insbesondere die VBZ, aus bisherigen Tests und Pilotprojekten mit automatisierten Fahrzeugen gewonnen? Welche Schlüsse wurden daraus für künftige Anwendungen gezogen?
3. In welchen Bereichen sieht der Stadtrat das grösste Potenzial für automatisiertes Fahren mit direktem Nutzen für die Bevölkerung?
4. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass automatisierte Mobilitätsangebote den öffentlichen Verkehr nicht konkurrenzieren oder schwächen, sondern sinnvoll ergänzen? Welche Rolle sollen die VBZ in einem künftigen automatisierten Mobilitätssystem einnehmen?

5. Welche Risiken sieht der Stadtrat bezüglich zusätzlicher Fahrten, Leerfahrten, Halte- und Umschlagsflächen, Stau, Flächenkonkurrenz sowie Nutzung von Strassenraum und Parkierungsflächen? Welche Steuerungsmöglichkeiten stehen der Stadt diesbezüglich zur Verfügung?
6. Wie könnte die Stadt Zürich mit privaten Anbietern von Robotaxis, automatisierten Shuttles, Lieferrobotern oder automatisierten Parkierdiensten umgehen, sobald solche Angebote rechtlich und technisch möglich werden? Welche Bewilligungs-, Konzessions-, Daten- oder Auflagenmodelle wären denkbar?
7. Welche Anforderungen stellt oder plant die Stadt Zürich bezüglich Datenschutz, Datensparsamkeit, Transparenz, Datennutzung, Datenweitergabe und Cybersicherheit, wenn automatisierte Fahrzeuge im öffentlichen Raum Daten erfassen?

Mitteilung an den Stadtrat

644. 2026/509

Schriftliche Anfrage von Catalina Gajardo Hofmann (Grüne), Sibylle Kauer (Grüne) und Leonora Seiler (Grüne) vom 09.09.2026:

Auswirkungen der Trockenheit und der Hitze auf die Wälder, Beurteilung des Gesundheitszustands der Stadtbäume, Folgen für die wichtigsten Baumarten, Klimaszenario bei der Anlegung von Parks und bei Hitzeminderungsmassnahmen, klimaresiliente Begrünungen, Situation für die Buche und Konzepte zur Waldbrand-Prävention sowie weitere Massnahmen für die kommenden Jahre

Von Catalina Gajardo Hofmann (Grüne), Sibylle Kauer (Grüne) und Leonora Seiler (Grüne) ist am 9. September 2026 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Bereits im Juli wiesen viele Bäume in den Wäldern eine deutliche Braunfärbung auf. Im August haben gewisse Baumarten wie die Buche ihre Blätter bereits abgeworfen. Der trockene und heisse Sommer setzte den Bäumen auf zwei Arten zu: Die Trockenheit und Hitze selbst, aber auch die erhöhte Anfälligkeit auf Schädlinge und Krankheiten. Wälder entstehen über Jahrzehnte. MeteoSchweiz hat 2025 die neuesten Klimaszenarien für die Schweiz veröffentlicht. Bei einer Erwärmung von 3°C ist in der Schweiz mit einer mittleren Erwärmung von 4.3°C bis 5.7°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu rechnen. Viele heute weit verbreitete Baumarten können in diesen Szenarien nicht mehr oder nur noch sehr schlecht wachsen. Bäume und Wälder spielen aber eine wichtige Rolle in der Hitzeminderung und sind wertvolle Lebensräume und Naherholungsgebiete.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie beurteilt der Stadtrat den aktuellen Gesundheitszustand der Stadtzürcher Bäume?
2. Welche Auswirkungen hatten insbesondere Hitze und Trockenheit der vergangenen Jahre auf Mortalität, Kronenzustand, Wachstum und vorzeitigen Blattverlust der wichtigsten Baumarten?
3. Auf welches Klimaszenario richtet sich die Stadt Zürich bei der Anlegung von Parks und bei Hitzeminderungsmassnahmen aus?
4. Wie sehen aus der Sicht des Stadtrates klimaresiliente Begrünungen aus? Welche Baumarten und Strukturen sollen gepflanzt werden?

Gerade Buchen haben mit der Trockenheit Schwierigkeiten, aber alte Bäume haben auch ein grosses Potential bei der Hitzeminderung und haben Klimaerfahrungen sammeln können, deshalb sind sie besonders wertvoll. Es wäre nach dem Hitzesommer wichtig diejenigen Buchen im Zürcher Wald zu erhalten, die mit der Hitze zurechtgekommen sind.

5. Wie beurteilt der Stadtrat die Situation der Buche und deren Fähigkeit, sich von wiederholten Trockenjahren zu erholen?
7. Kann sich die Stadt deshalb ein Moratorium vorstellen für Buchen mit mehr als 200 cm Stammumfang und einem Alter von gut 100 Jahren, sofern sie kein Risiko darstellen? und damit ein Alter von gut 100 Jahren im Wald, die für die Sicherheit kein Risiko darstellen?

In diesem Sommer hat sich eine grosse Waldbrandgefahr in den Zürcher Wäldern aufgebaut, heikel ist dies insbesondere da, wo Personen am Wald oder in Waldnähe leben oder wo sich viele Menschen aufhalten, beispielsweise auf dem Üetliberg und Züriberg.

8. Gibt es in der Stadt Konzepte zur Waldbrand-Prävention bei grosser Waldbrandgefahr und andererseits im Falle eines Waldbrandes? Ab wann werden diese umgesetzt und öffentlich gemacht?

9. Gibt es dazu auch Absprachen / Austausch mit Nachbargemeinden oder der SZU?
10. Was für Massnahmen sind für kommende Jahre vorgesehen?

Mitteilung an den Stadtrat

645. 2026/510

Schriftliche Anfrage von Catalina Gajardo Hofmann (Grüne), Sibylle Kauer (Grüne) und Leonora Seiler (Grüne) vom 09.09.2026:

Auswirkungen der Trockenheit und der Hitze auf die Gewässer, Folgen für die Fische und andere aquatische Lebewesen, Notmassnahmen, Notabfischungen und Ersatzlebensräume, langfristige Beeinträchtigung der Bestände und Kriterien für die Priorisierung der Ansprüche an die Ressource Wasser sowie möglicher Massnahmenplan bei extremer Trockenheit

Von Catalina Gajardo Hofmann (Grüne), Sibylle Kauer (Grüne) und Leonora Seiler (Grüne) ist am 9. September 2026 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Das Jahr 2026 brachte neue Rekorde – nicht nur wegen der anhaltenden Hitze, sondern auch wegen der historischen Trockenheit. Nach einem sehr niederschlagsarmen Frühjahr, seit Monaten tiefen Grundwasserständen und anhaltend geringen Abflüssen erreichten zahlreiche Bäche und Flüsse bereits zu Beginn des Sommers kritische Temperaturen. So lag die Wassertemperatur der Limmat seit Mitte Juni konstant über 20 °C. Für kältebedürftige Arten wie die Äsche und die Forelle sowie für in kleineren Gewässern beheimatete Arten wie die Elritze oder die Groppe bedeuten Temperaturen über 20 °C ein Todesurteil: Der Sauerstoffgehalt im Wasser sinkt, während ihr eigener Sauerstoffbedarf steigt. Dadurch können die Tiere ersticken.

Die Situation wird durch das Zusammentreffen hoher Wassertemperaturen und Wassermangels zusätzlich verschärft: Kleine Fliessgewässer trocknen teilweise aus, und geeignete Kaltwasser- sowie Rückzugsräume fehlen. Die Klimakrise wird die Nutzungskonflikte um die Ressource Wasser weiter verschärfen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie beurteilt der Stadtrat die Auswirkung der Hitze und Trockenheit 2026 auf Fische und andere aquatische Lebewesen in den Städtzürcher Fliessgewässern? In welchen Gewässern wurde Fischsterben oder andere erhebliche Beeinträchtigungen festgestellt? Welche Arten oder Artengruppen und Lebensräume sind besonders betroffen?
2. Welche Notfallmassnahmen ergreift die Stadt zum Schutz von aquatischen Lebensgemeinschaften vor Extremtemperaturen?
3. Wurden Notabfischungen durchgeführt? Falls ja: stehen genügend Ersatzlebensräume für gefährdete Fische zur Verfügung? Falls nein: warum wurden auf Notabfischungen verzichtet?
4. Gibt es eine systematische Untersuchung von aquatischen Arten, Artengruppen und Gewässertypen und die Auswirkungen der extremen Trockenheit auf die Lebensräume?
5. Besteht die Gefahr, dass sich die Bestände langfristig beeinträchtigt bleiben und sich nicht ausreichend erholen können?
6. Nach welchen Kriterien werden bei ausgeprägter Trockenheit die unterschiedlichen Ansprüche an die Ressource Wasser priorisiert? Wie wird der Gewässerschutz gegenüber den Ansprüchen aus dem Gewerbe usw. priorisiert?
7. Gibt es einen Massnahmenplan bei extremer Trockenheit, der die Priorisierung der unterschiedlichen Ansprüche transparent und nachvollziehbar aufzeigt?

Mitteilung an den Stadtrat

646. 2026/511

Schriftliche Anfrage von Simone Widmer (Grüne) und Sarah Dähler (Grüne) vom 09.09.2026:

Kühlung der Siedlung Hornbach im Rahmen des Seewasserverbunds Seefeld, Gründe für die Nichtrealisierung der Kühlkomponente, Beurteilung der technischen Machbarkeit einer nachträglichen Nachrüstung, weitere Wärmeverbünde ohne vorgesehene Kühlfunktion und Berücksichtigung des Hitzeschutzes für diverse Bevölkerungsgruppen sowie nachträglicher Ausbau von Kühlfunktionen im Rahmen laufender Grossprojekte

Von Simone Widmer (Grüne) und Sarah Dähler (Grüne) ist am 9. September 2026 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Das ewz nahm 2024 den Seewasserverbund Seefeld bzw. die Energiezentrale Riesbach in Betrieb. Dieser versorgt unter anderem die städtische Wohnsiedlung Hornbach (125 Wohnungen) sowie weitere Liegenschaften im Gebiet Klausstrasse mit Wärme. Der Verbund ist in zwei Teile aufgeteilt: den eher gewerblich geprägten Teilbereich Klausstrasse und den Teil um die Wohnsiedlung Hornbach.

Der Teilbereich Klausstrasse wird nicht nur mit Wärme, sondern auch mit Kälte versorgt. Der Teilbereich mit der Wohnsiedlung Hornbach erhält demgegenüber ausschliesslich Wärme; eine Kühlfunktion wurde dort nicht eingebaut.

Nach Kenntnis der Antragstellerinnen wurde in einer früheren Planungsphase ein zusätzlicher Wärmetauscher geprüft, mit dem auch der Bereich Hornbach hätte gekühlt werden können. Dieser wurde aus Kostengründen jedoch nicht realisiert. Angesichts zunehmender Hitzesommer stellen sich dazu mehrere Fragen.

Daher bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Aus welchen Gründen wurde die Kühlkomponente, welche in der Planung des Seewasserverbunds Seefeld ursprünglich auch für die Siedlung Hornbach geplant wurde, nicht realisiert? Und wie hoch wären die damaligen Mehrkosten gewesen?
2. Nach welchen Kriterien wurde der Entscheid zum Nichteinbau gefällt?
3. Wie beurteilt das ewz die technische Machbarkeit einer nachträglichen Nachrüstung des Seewasserverbunds Seefeld mit einer Kühlfunktion für die Siedlung Hornbach?
4. Gibt es in der Stadt weitere Wärmeverbünde (in Planung, im Bau oder bereits in Betrieb), bei denen eine Kühlfunktion (aus Kosten- oder anderen Gründen) nicht vorgesehen ist oder realisiert wurde?
5. Nach welchen Kriterien entscheidet das ewz bei der Planung neuer Seewasser- und Wärmeverbünde, ob eine Kühlfunktion realisiert wird? Wird dabei auch der Nutzen in Bezug auf den Hitzeschutz für diverse Bevölkerungsgruppen systematisch berücksichtigt, oder stehen primär wirtschaftliche Kriterien bzw. die Kosteneffizienz im Vordergrund?
6. Sieht der Stadtrat im Rahmen laufender Grossprojekte wie CoolCity oder der Strategie "Thermische Netze" Möglichkeiten, den nachträglichen Ausbau von Kühlfunktionen in bestehenden Wohnquartieren (wie zum Beispiel in der Siedlung Hornbach) gezielt zu prüfen, zu fördern oder finanziell zu unterstützen? Wenn nein, warum nicht?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n**647. 2026/484****Schriftliche Anfrage von Martin Busekros (Grüne) und Yves Henz (Grüne) vom 02.09.2026:****Finanzierte Treibhausgasemissionen der Finanzplatzakteure mit Sitz in der Stadt, Schätzung zur Höhe der finanzierten Emissionen der Akteure, Handlungsspielräume zur Reduktion und Ausweisung dieser Emissionen in der städtischen Klimaberichterstattung**

Martin Busekros (Grüne) zieht die Schriftliche Anfrage zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

648. 2026/180**Schriftliche Anfrage von Cordelia Forde (SP), Maya Kägi Götz (SP) und Rahel Habegger (SP) vom 15.04.2026:****Zwischennutzung der Gebäude im Industrieareal an der Allmendstrasse 91–95, Unterstützung der Zwischennutzenden bei der Suche nach einer Anschlusslösung, bisherige Ergebnisse, mögliche weitere Massnahmen und Gründe für die Auflösung der Nutzungen bis Ende Juni sowie Aufrechterhaltung von Raum für kulturelle und nichtkommerzielle Nutzungen**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 2808 vom 26. August 2026).

649. 2026/207**Schriftliche Anfrage von Markus Knauss (Grüne) und Brigitte Fürer (Grüne) vom 04.05.2026:****Nutzung des Josef-Areals, mögliche Anzahl gemeinnütziger Wohnungen bei Verzicht auf die Werkhöfe und das Hallenbad, alternative Standorte für die Werkhöfe sowie Hintergründe zur Planung, zu den Kosten und zur Dimension des Hallenbads**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 2805 vom 26. August 2026).

650. 2026/250**Schriftliche Anfrage von Nina Eggenschwiler (SP), Marco Denoth (SP) und Dr. Florian Blättler (SP) vom 27.05.2026:****Pumpfoiling am Zürichsee, Beurteilung des Bedarfs an öffentlich zugänglichen Trainings- und Einstiegsmöglichkeiten, konkrete Schritte zur Schaffung zusätzlicher Optionen, Nutzung der Flosse städtischer Badeanstalten, Einbezug der aktiven Vereine und Berücksichtigung der Bedürfnisse im Rahmen der Realisierung der neuen Marina Tiefenbrunnen**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 2806 vom 26. August 2026).

651. 2026/284

Schriftliche Anfrage von Reis Luzhnica (SP), Nina Eggenschwiler (SP) und Anna Graff (SP) vom 10.06.2026:

Richtlinien und Praxis zur Sperrung von Webseiten im städtischen Netzwerk, Entscheidungsprozesse und -kriterien, Kategorien gesperrter Medienangebote, Gewährleistung der Informations- und Meinungsfreiheit sowie Erfassung von Beschwerden zur Entsperrung in den letzten fünf Jahren

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 2797 vom 26. August 2026).

Nächste Sitzung: 16. September 2026, 17.00 Uhr